

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Bräcker, Magdeburg. Verantwortlich für die Druckerei: Hugo Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Gabelmann, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1867. Redaktion: Gr. Mühlstraße 5, Fernsprecher 961. — Abonnementspreise: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Anband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Provinz und den Auslandsländern Vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1.00 Mk. Bei den Postämtern 2.25 Pf. Befreiung. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Ullers-Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren die sechsgehaltene Zeitspalte 15 Pf. — Post-Zeitungsliste Nr. 612

Nr. 218.

Magdeburg, Freitag den 18. September 1903.

14. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

Giftpilze.

Wenn einer einem Durstigen Wasser reicht und Sättigungsfakt hineingiebt, so ist das in den Augen aller denkenden Menschen ein gemeines, schurkisches Verbrechen. Der Staatsanwalt wird in diesem Falle kein Auge zudrücken, sondern mit aller Strenge gegen den Frevler vorgehen. Wenn einer jemand schlechte Ware für gutes Geld gibt und obendrein behauptet, die Ware sei gut, so wird das jeder aufs schärfste beurteilen und obendrein macht sich der betreffende Verkäufer strafbar. Wenn aber jemand systematisch die Volksseele dadurch wissentlich und absichtlich vergiftet, daß er mit Hilfe einer „Zeitung“ schlechte Geistesnahrung unter Volk bringt, dann — nennt man das im gewöhnlichen Leben heute: eine patriotische Tat!

Kolossalen Eifer, dieser patriotischen Tat sich würdig zu zeigen, bezeugt das an dieser Stelle schon häufig gebrandmarkt Geschmeiß der sogenannten Provinzpresse im Regierungsbezirk Magdeburg. Diese „Preisblätter“, „Wochenblätter“, „Intelligenzblätter“ und wie sie sich nennen, erfüllen nur eine einzige Aufgabe: die Aufträge ihrer Geldgeber auszuführen. Diese Geldgeber aber sind: Landräte, Rittergutsbesitzer, Fabrikanten, Buchdruckereibesitzer usw. Natürlich haben diese Leute ein hohes Interesse daran, getreu dem Grundsatz des Thomas von Aquino: „Der Staat braucht nicht die Verdumme, sondern die Sünde der Arbeiter“, die Arbeiter zu verdummen und sie so dem Unternehmertum gefügiger zu machen. Hinter diesen Geldgebern stehen dann noch, ebenso interessiert an der Durchführung der Ansicht des obigen Kirchenlehrers, das bekannte Heer der Geistlichen, Beamte, Polizisten, Lehrer usw. als Korrespondenten oder Artikelschreiber.

„Wochenblätter“ (meist Seher,

was ihnen von den sogenannten Wochenschriftfabriken in Berlin (a la Max Lorenz usw.) druckfertig geliefert wird. Dazu kommt dann noch die Aufnahme der amtlichen Dekretierungen über Stierjucht, Hengst-Auslösung, Düngergruben, kaiserliche Dankfagungen, Impfungen, Geflügelcholera, Maul- und Klauenseuche usw. Und das Ganze benimmt sich dann mit dem hochtrabenden Titel: „Zeitung“, „Intelligenzblatt“ usw. Das aber würde noch nicht hinreichen, um auch für diesen geistigen Kot Abnehmer zu finden, und deshalb verfällt man dann auf das Mittel, durch allerlei lokalen Klatsch, sensationelle Aufbauschung von Droschken-Unfällen und internen Familienangelegenheiten der Ortsbewohner das Interesse der neugebildeten Leser zu erwecken. Nebenbei spekuliert man dann noch auf die Sucht mancher ungebildeten Frauen und Mädchen, täglich auf der „Geldwiese“ das Allerneueste zu finden, richtet die Rubrik für Heiratsanträge und Handjuchendendungen ein (ein Schwindel, den man sich dazu noch extra bezahlen läßt!) und macht vor allen Dingen bei jeder Gelegenheit in polkernem, lärmendem Patriotismus und Byzantinismus. Jede Sanftbewegung eines Potentaten von Gottes oder (wie in Belgien) Mörders Gnaden wird sorgfältig registriert. Ueber jedes Wort eines solchen getreulich und in langatmig phrasenhaftem Stil Bericht erstattet. Bei jeder Kopf- oder Handjuchensveränderung eines Mitgliedes eines Fürstentumstabelle werden pilbvolle Gesundheitsberichte (Bulletin) herausgegeben und in den schwärzesten Farben die Gefahr ernstlicher Verwicklungen dem dummen Kreisblattpublikum vorgemalt. Und wenn gar ein Monarch per Blitzzug die Station X durchfährt, so wird in schwülstigen Artikeln dem Philister die „Deutlichkeit, Freundlichkeit und das gute Aussehen“ des am Fenster stehenden Potentaten geschildert.

Man nehme doch nur einmal diese Blättchen zur Hand: das „Dudlinburger Kreisblatt“, das „Tageblatt für Burg“, die „Neueste Nachrichten“ daselbst, die „Stadt- und Dorfzeitung“ in Gommern, den „General-“ und „Central-Anzeiger“ in Magdeburg, die „Staßfurter Zeitung“, das „Wochenblatt für Neuhaldensleben“, die „Schönebecker Zeitung“, das „Schönebecker Tageblatt“, das „Wanglebener Kreisblatt“, das „Salberstädter Intelligenzblatt“, das „Salberstädter Bürgerzeitung“, „Wernigeröder Zeitung und Intelligenzblatt“, das „Egelische Tageblatt“, „Anzeiger für Niersleben“, „Barbyer Zeitung“ und wie die Wurfblättchen in Calbe, Cracau, Gardelegen, Genthin, Ottersleben, Osterwieck, Salzwedel, Seehausen, Stendal, Thale usw. alle heißen mögen.

Kein Wort darin von eigener Meinung über wichtige Tagesfragen. Kein Wort für Volksinteressen. Kein Wort der Kritik an all den Dingen, unter denen Millionen im Volke

zu leiden haben. Vor allem keine Silbe über Arbeiterfragen! Es sei denn, man ergeht sich in pöbelhaften Beschimpfungen und Anfeindungen, Verleumdungen, Verdächtigungen, In-den-Rot-ziehen der Führer usw. Alles geht unter in dem einzig unentbehrlichen Klatsch und Schwindel! Da wo Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, werden sie von obigen Blättern samt und sonders als „froh, unbotmäßig und berkehrt“ hingestellt. Das, was die Arbeiter und ihre Familien wirklich angeht, verschweigt man ihnen, um ihr von ihren Phrasen verkleistertes Gehirn nur ja nicht zum Erweichen zu bringen. Dafür sind dieselben Blätter sofort mit Jubel dabei, wenn seitens der Scharfmacher mit Zuchthausgefekken und Klassenverurteilungen gegen die Arbeiter vorgegangen wird. Und wenn das Quartal um ist, streicht dieses Geschmeiß, schmunzelnd über die Einfältigkeit der Arbeiter, deren sauerverdiente Groschen in die Tasche!

Es sind also nicht diese Giftpilzfabrikanten allein Schuld an der Vergiftung unserer Sektüre, sondern in erster Linie diejenigen, die die Mittel dazu hergeben. Und darunter befinden sich leider noch viele, viele Arbeiter. Möglich ist das nur durch das vom Unternehmertum und andern Dunkelmännern und Bildungsfeinden betriebene systematische In-dunkelheit-erhalten der abhängigen Arbeiter. Arbeiter aber, die durch die systematische Schulung und Bildung durch die sozialdemokratischen Zeitungen zu denkenden, intelligenten Menschen geworden sind, sind der herrschenden Gesellschaft ein Grauel. Abgeordneter Szmla, einer von der schwarzen Verdunmungsgarde, hat das ja im preußischen Landtag ganz offen ausgesprochen: „Die Arbeiter sind mir die liebsten, die so gar nichts denken!“ Und die sämtlichen Provinzblätter jubelten ihm zu.

Auf dem Parteitag in Dresden machte eine Inschrift im Saale besonders Aufsehen, die da lautet: Die Geister erma-

sozialistische Presse über 130 000 Abonnenten zugenommen hat, beweist, daß die Geister ermaächt sind. Aber noch gibt es viel Aufklärungsarbeit zu verrichten und jeder Arbeiter soll an seinem Teile mit dazu beitragen. Bis dahin noch gilt als unsere Losung: Es ist eine Lust zu kämpfen gegen die gemeingefährlichen Giftpilze im bürgerlichen Blätterwald! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 17. September 1903.

Lohnforderungen und Aufrechnung.

Weider ist es noch eine juristische Streitfrage, ob ein Arbeitgeber bei der Lohnzahlung die Schulden in Abzug bringen darf, welche der Arbeiter an ihn hat. Unjres Erachtens ist nach dem BGB. jede Aufrechnung bei der Lohnzahlung so zweifellos verboten, daß wir eine andre Auffassung nicht für möglich gehalten hätten. Die Gerichte und auch die Gewerbegerichte widersprechen einander noch häufig in ihren Urteilen.

Soeben teilt die „Berl. Volksztg.“ zwei Urteile mit, von denen uns das eine, das des Berliner Landgerichts, ebenso zutreffend scheint, wie das andre, das des Kammergerichts, irrig.

Nach dem Lohnbeschlagnahmengesetz darf die Vergütung für Arbeiten oder Dienste, die auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, nicht mit Beschlag belegt werden. Die Pfändung ist nur zulässig, soweit der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 Mark für das Jahr übersteigt. Ferner findet das Gesetz auf die Beitreibung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben und der gesetzlichen Alimentenanprüche der Familienglieder keine Anwendung.

Soweit hiernach die Lohnforderung der Pfändung nicht unterworfen ist, findet gegen die Forderung nach § 391 BGB. die Aufrechnung nicht statt. Der Arbeitgeber, der gegen den Arbeiter eine fällige Forderung gleichviel aus welchem Rechtsgrunde hat, kann diese seine Forderung nicht gegenüber der Lohnforderung zur Aufrechnung stellen. Er muß den Lohn bezahlen und mag zusehen, wie er zur Befriedigung seiner Forderung gelangt. Der offensichtliche Zweck der Bestimmung ist, daß die Löhne, die regelmäßig die einzige Einnahmequelle der Arbeiter bilden, ihnen unter allen Umständen erhalten bleiben sollen.

Nun berufen sich schlaue Advokaten schlaue Unternehmer oft auf einen Paragraphen des BGB., der den § 391 der Sache nach wieder aufhebt.

§ 273 BGB. bestimmt:

Hat der Schuldner aus demselben rechtlichen Verhältnis auf dem seine Verpflichtung beruht, einen fälligen Anspruch

gegen den Gläubiger, so kann er, sofern nicht aus dem Schuldverhältnis sich ein andres ergibt, die geschuldete Leistung verweigern, bis die ihm gebührende Leistung bewirkt wird.

Die Unternehmer und ihre Anwälte erklären nun, daß bei dem durch § 273 festgelegten Zurückbehaltungsrecht eine Ausnahme für Lohnforderungen nicht gemacht sei. Der Arbeitgeber könne also, wenn er einen aus dem Arbeitsverhältnis herrührenden fälligen Anspruch habe, die Lohnzahlung verweigern. Ein tatsächlicher Unterschied zwischen Aufrechnung und Rückbehaltungsrecht besteht natürlich nicht, denn es ist gleichgültig, ob der Arbeitgeber sagt: ich rechne meine Forderung gegen die Lohnforderung auf oder ich behalte den Lohn ein, weil ich einen aus dem Arbeitsverhältnis herkommenden Gegenanspruch habe. Auch vielen gelehrten Juristen will diese Unterscheidung nicht einleuchten.

Die Berliner „Volksztg.“ teilt nun mit:

Die Berufungskammer des Landgerichts 1 zu Berlin entschied in einem Fall, in dem gegenüber eine Forderung auf verdienten Arbeitslohn ein Zurückbehaltungsrecht wegen einer Schadenersatzforderung des Arbeitgebers eingewendet wurde, dahin:

Es gibt kein Zurückbehaltungsrecht bei Arbeitslohnforderungen.

Die Bestimmung des § 394, nach der die Aufrechnung nicht zulässig ist, sei analog auch auf den Fall der Zurückbehaltung anzuwenden.

Würde man dem Arbeitgeber das Zurückbehaltungsrecht gewilligen, dann würde er hier, wo er den Angriff des Arbeiters abwartet, besser gestellt sein, als wenn er wegen seiner Forderung ein obiges Urteil erstritten hätte, da ihm die Pfändung des Lohnes auf Grund dieses Urteils untersagt wäre. Dies kann unmöglich der Wille des Gesetzgebers sein. Der Gesetzgeber würde, wenn er unsern Fall im Auge gehabt hätte, zweifellos auch die Bestimmung getroffen haben, daß auch die Zurückbehaltung unpfändbarer Forderungen unstatthaft sei.

So urteilt das Landgericht in einem Fall, wo es als Berufungsurteil im letzter Instanz angetreten hatte.

Die Aufrechnung, welche die Forderung des Gläubigers gänzlich beseitigt, ist wesentlich verschieden von dem Zurückbehaltungsrecht, das die Forderung des Gläubigers bestehen läßt und dem Schuldner nur das Recht gibt, ihre Tilgung bis zur Befriedigung wegen der eignen Forderung zu verweigern. Im Verhältnis zur Aufrechnung erscheint deshalb das Zurückbehaltungsrecht als das mindere, und das Verbot des ersteren umfaßt nicht das des letzteren.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, das Gesetz zu ändern und die Bestimmungen noch klarer zu fassen. Von einer wesentlichen Verschiedenheit zwischen der Aufrechnung und dem Zurückbehaltungsrecht kann bei Lohnforderungen natürlich gar keine Rede sein. Es ist sinnlos, zwar die Aufrechnung zu verjagen, aber das Zurückbehaltungsrecht zu gewähren. Noch viel sinnloser ist freilich die Praxis mancher Gerichte, insbesondere auch vieler Gewerbegerichte, welche das Bürgerliche Gesetzbuch nicht für anwendbar erklären und die Aufrechnung zulassen, weil diese nach der Gewerbeordnung zu Recht besteht. Da die Gewerbeordnung das frühere Gesetz ist, jedes spätere Gesetz aber entgegenstehende Bestimmungen eines älteren Gesetzes aufhebt, so kann natürlich auch nur das Bürgerliche Gesetzbuch in Betracht kommen, mit Ausnahme allein der entgegenstehenden schmächtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Daß die diesbezüglichen Gesetze der Gewerbeordnung aufrechtzuerhalten sind, geht aus dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch deutlich hervor; die Gewerbeordnung kann aber im Gegensatz zum Bürgerlichen Gesetzbuch nicht herangezogen werden. —

Die Mobilmachung Bulgariens.

Der Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien scheint jetzt unvermeidlich zu sein. Fürst Ferdinand, der freilich keine kriegerischen Eigenschaften besitzt und der sich nur gezwungen in gefährliche Abenteuer stürzt, hat sich nach den vorliegenden Meldungen entschlossen, Schloß Curuzograd zu verlassen und ist nach Sofia gereist. Man kann annehmen, daß diese Rückkehr des Fürsten in die Hauptstadt des Landes in innigem Zusammenhang mit dem offensichtlichen Entschluß der bulgarischen Regierung steht, endlich den entscheidenden Schritt zu wagen.

Die Regierung hat einen Teil der Reserven unter die Waffen berufen zur Verstärkung der Grenzdivisionen, um in wirksamer Weise den Uebertritt von Insurgentenbanden zu verhindern. General Petrow hat in seiner Eigenschaft als Minister des Außeren an die diplomatischen Agenturen in Wien, Paris und Petersburg eine Zirkulardepeche gerichtet, in welcher die Aufmerksamkeit der betreffenden Regierungen auf die Zunahme der türkischen Rüstungen gelenkt wird, die zu keinem andern Resultat führen könnten als zu Grenzkonflikten und zur Vermehrung von Greuelthaten in Makedonien

und Adrianopel; ferner wird erklärt, daß, falls nicht Garantien gegenüber den Ausschreitungen seitens der Türken gegeben würden, die bulgarische Regierung gezwungen werde, die ihr durch so ernste Verhältnisse auferlegten Maßnahmen zu treffen.

Diese offensichtliche Kriegsdrohung Bulgariens hat natürlich eine sofortige weitere Mobilmachung der Türkei zur Folge gehabt und zwar haben das 4. und 11. türkische Armeekorps Befehl zur Mobilmachung erhalten. In der Türkei sind zahlreiche Verhaftungen von Bulgaren erfolgt. In Konstantinopel sind Gerüchte von neuen Dynamit-Attentaten in Umlauf. Die Einzelheiten über die Tag für Tag von türkischen Truppen begangenen Grenztaten übersteigen jede Vorstellung, und es herrscht allgemein die Ansicht, daß es in Makedonien und der Stadt Adrianopel bald keine christliche Bevölkerung mehr geben wird.

Infolge des Verdachtes, gegen den Sultan eine Verschwörung angezettelt zu haben, nahm, nach einer Privatbesprechung eines Berliner Lokalblattes, die Polizei unter Mitwirkung des persischen Adjutanten des Sultans, Mohamed Pasha, eine Hausdurchsuchung bei dem Großreferendar vor. Die Angelegenheit wird geheim gehalten.

Die Entsendung von Kriegsschiffen in die Gewässer der Levante seitens mehrerer Mächte ist — wie die „Freie. Zig.“ ganz richtig bemerkt — nicht gerade als ein Symptom von großer Bedeutung für die Orientlage anzusehen. Frankreich hat erst dieser Tage zwei Schiffe abgeschickt. Rumänien hat die englische Regierung die Entsendung des Mittelmeergeschwaders nach Saloniki befohlen. Sie scheint diesen Entschluß infolge Drängens der englischen Interessenten im Orient, namentlich der englischen Handelskammer in Konstantinopel gefaßt zu haben. Desterreich-Ungarn wird wohl auch bald nachfolgen, trotzdem das k. k. Teleg.-Korresp.-Bureau bekannt gibt, die von Wiener Blättern wiedergegebene Meldung des Triester „Piccolo“ über einen aus Wien nach Pola ergangenen telegraphischen Befehl zur sofortigen Ausrüstung der österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe „Habibburg“, „Arpad“, „Wien“, „Szigewar“, „Panther“ und „Magnei“ entpasse nicht den Tatsachen.

Wie die „Berl. Morgenpost“ aus Wien erfahren haben will, verlautet in diplomatischen Kreisen, es werde bei der bevorstehenden Zusammenkunft Kaiser Franz Josephs mit dem Koenig von Serbien, auf dem Balkan für 10 Jahre Ruhe zu schaffen. Der zwischen Desterreich und Rußland abzuschließende neue Vertrag gehe von dem Prinzip der Aufrechterhaltung des status quo (der jetzigen Grenzen) auf dem Balkan aus und verbotenermaßen jede bewaffnete Einmischung. Der Türkei werde für die Durchführung der Reformen eine längere Frist eingeräumt werden. Falls Bulgarien keinen Krieg beginnt, werde ihm das Ende der Serzentität und die Erhebung zu einem Reich als Preis zugesagt. Ferner verlautet aus guter Quelle, daß gegen ein Kollektivschicksal der Mächte in Asien sich eine Bewegung zu bilden beginnt, daß die Mächte zu erstmalig der bulgarischen Regierung nahelegen, nicht in Asien mit der Türkei zu verhandeln, dem unbeschädigt des Abganges eines Krieges wurde werden. Bulgarien und die Serben Vorteil aus ihm ziehen.

Die Note Bulgariens ist nichts anderes als die Erklärung, daß man den Krieg will. Der Krieg wird den in Bulgarien und der Türkei herrschenden Hunger der wachsenden Volksklassen noch verschlimmern, Tausenden ihr Leben und ihre Gesundheit kosten und die Bevölkerung der verarmten Balkanländer bis auf den Gipfelpunkt steigern. Die Türkei wird nichts gewinnen, da die Großmächte einen Gebietsgewinn der Türkei nicht dulden werden. Wohl aber kann für den Fall einer Niederlage Bulgariens eine Teilung dieses Staates unter verschiedene Großmächte kommen, wobei Rußland, wie so oft, das übrige Europa, leicht über den Haufen kann.

Deutschland.

Berlin, 17. September. Nachdem der Justizminister von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, wird vorläufig bestimmt, daß er die Angelegenheiten des Reichsgerichtes und der Reichsanwaltschaft bis zum nächsten Freitag abzugeben wird. Der Reichsanwalt wird die Angelegenheiten des Reichsgerichtes bis zum nächsten Freitag abzugeben werden.

Konjunktur-Geiz. Die „Deutsche Tageszeitung“ befaßt sich heute in einem längeren Aufsatz mit der Frage der Einberufung des preussischen Landtages und fordert, daß dies nur dann geschehen solle, wenn es, wie gewöhnlich, in der zweiten Januar-Woche geschehen würde, er sich bis zum nächsten in der Gegenwart mit dem Geiz zu beschäftigen haben. Dann würde die Entscheidung über die Einberufung beginnen und die Einberufung bis zum nächsten in der Gegenwart mit dem Geiz zu beschäftigen haben. Der Artikel vertritt die Ansicht, daß die Einberufung des Landtages, der die Angelegenheiten des Reichsgerichtes und der Reichsanwaltschaft bis zum nächsten Freitag abzugeben werden.

Der Kaiser und die Senäle. In London ist nach Meldung hiesiger Blätter der Kaiser auf der Fahrt nach Wien und Berlin dem Kaiserlichen Hof gegenüber die Angelegenheiten des Donau-Orientals besprochen haben und die Behauptung, die diese Regierung für die deutsche Krone haben würde, anerkannt haben. — **Senäle** Kaiser und Kaiserin sind heute in Potsdam und sind nach dem Kaiserlichen Hof gegenüber die Angelegenheiten des Donau-Orientals besprochen haben und die Behauptung, die diese Regierung für die deutsche Krone haben würde, anerkannt haben.

Ein neues Schulunterhaltungs-gesetz wird nach der „Preuss. Korresp.“ vorbereitet. Die Pflicht, die Schulen zu erhalten, soll den Gemeinden zugewiesen bleiben; indes soll bei den mehreren Landgemeinden und Gutsbezirken gehörenden Schulen die Begünstigung der Gutsbezirke aufhören. — Die Konservativen werden für ein solches Gesetz nicht zu haben sein. Ein paar sozialdemokratische Hechte in dem Karpenteich des preussischen Landtags und die Regierung kann ihren neuen Plan durchsetzen, die standalöse Bevorzugung der Gutsbezirke abzuschaffen.

Die zerfahrenste aller Parteien ist bekanntlich die antisemitische. Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Böckel hat sich vollständig aus dem politischen Leben zurückgezogen. Wie ein ihm nahestehendes Blatt erklärt, hat er diesen Schritt getan, verärgert durch die ewige Zersplitterung und Eifersüchtelei in der antisemitischen Bewegung und körperlich angegriffen in jahrzehntelangem Kampfe. — Herr Böckel ist nicht der erste, der die Zerrüttung der Antisemiten festgestellt hat; Herr Förster hat längst das gleiche ausgesprochen, was ihn freilich nicht abhielt, trotzdem in Halberstadt-Döberleben-Wernigerode wieder als antisemitischer Kandidat zu fungieren. — Es bedarf übrigens nicht der Selbsterurteilung der Antisemiten durch ihre eigenen Genossen, um diese Partei so unendlich niedrig einzuschätzen, wie sie es verdient.

Agarische „Wohltäter“. Die bündlerische Solidarität wird von dem Provinzialvorstehenden des Bundes der Landwirte für die Provinz Posen, Herrn W. Endell, durch einen Aufruf zur Sammlung für die überschuldeten Bundesmitglieder demonstrativ verkündet. — Die Junker haben durch Ablehnung der Kanalvorlage die rechtzeitige Hilfe bekanntlich verhindert.

In der Disziplinaruntersuchung gegen den Ober-Postpraktikanten Richard Wagner aus Hanau ist nach der „Leipz. Volksztg.“ der Termin zur mündlichen Verhandlung vor der Disziplinarcommission in Kassel auf Donnerstag den 24. September 1903, nachmittags 4 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Kassel, Schlossplatz Nr. 8 1, Zimmer Nr. 20, angesetzt. Wagner war bekanntlich wegen Verfassungswidrigkeit politischer und naturwissenschaftlich-philosophischer Schriften vom Reichspostamt im Jahre 1901 durch Ausschluß von der Beförderung und Strafverurteilung von Kassel nach Hanau gemahnt worden. Inzwischen wandte sich Wagner von der pessimistischen der sozialdemokratischen Weltanschauung zu und begründete diese Wandlung in einem gegenwärtig im Druck befindlichen Werke.

Am Abend der Stichwahl, auf deren Ergebnis Wagner wie jeder Hanauer Genosse sehr gespannt war, begab er sich in den Saalbau, wo unsere Genossen tagten, da er es für Geruchselbst hielt, im bürgerlichen Lager, in dem er ja auch anstandslos Zutritt gehabt hätte, das Wahlergebnis abzuwarten. Wagner ist angeklagt, sich des Vergehens gegen § 10 des Reichsbeamtengesetzes schuldig gemacht zu haben, weshalb der Staatsanwalt den Antrag stellt, ihn, kostspielig zur Dienstleistung zu verurteilen. Der angeführte § 10 besagt, daß jemand, der die Achtung des Publikums verloren habe, nicht mehr Reichsbeamter sein könne. Nun, wir glauben mit unserm Leipziger Satireblatt, daß die drei Millionen, die bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gestimmt haben, auch ein Publikum sind, das aus eigener Macht bestimmt, wen es achten oder nicht achten will.

Nochmals das Meher Kaisertelegramm. Die ehrsüchtigen Gemeinderatsmitglieder finden leider nicht öffentlich statt. Ueber diejenige Meher Gemeinderatsversammlung, in welcher das Kaisertelegramm auf der Tagesordnung stand, wird jetzt magistratsamtlich folgendes Protokoll veröffentlicht:

Der Bürgermeister bemerkt, daß er von der angeblich vom Kaiser herrührenden Denkschrift der „Frankfurter Zeitung“ offiziell keine Kenntnis habe und ihre Echtheit bezweifle. Er fährt dann fort, daß die Denkschrift aber echt sein, meine Herren, was dann? Nun, meine Herren, wie alle verehrten Seine Majestät unsere Kaiser, wir erlauben es, daß er der Stadt des Reichsbeamten seine Denkschriften gegeben hat und denken ihm für die von seinem Namen (allgemeiner Name). Es ist nicht das erste Mal, daß diese Denkschriften abgegeben werden. Auch diese Denkschriften werden als ein Zeichen der Anerkennung seiner Majestät an den Kaiserlichen Hof gehen. Aber Seine Majestät ist nicht zufrieden. Neben ist die Denkschrift vorzulegen, nach der Drogen in den angeführten. Auch die Stadtverwaltung ist sich dieser Schuld bewußt. Der Magistrat hat die Empfehlungen beifolgt Anlegung einer Kriegswaarenleitung vollständig in die Hand genommen, ein Projekt entworfen und dem mit mir vorgelegt. Er hat mit vollständig einen vorläufigen Entwurf vorgelegt, auf welchem indes der Gemeinderat nicht ohne weiteres eingehen möchte. Durch diese Verhandlungen ist viel Zeit verloren gegangen. Ginge die Stadt allein und um für ihre Bedürfnisse zu sorgen, dann wäre die Gemeinderatsleitung wohl schon längst fertig. Ich bitte, nun in die Denkschrift einzutreten und zu beschließen, was zu geschehen hat, denn leider Seine Majestät noch das Publikum darf in einer solchen Denkschrift belesen werden.

Zuletzt, daß die sogenannten „Senälequellen“ infolge des Aufwandes zum Zuschuß und die alte Wasserleitung abgepumpt wurde, was in Bezug ein empfindlicher Wassermangel ein, der nach dem „Berl. Tagbl.“ erst seit Sonnabend beseitigt ist. Die Wasserleitung kann wieder kommen, wenn man nicht rechtzeitig für genügend Maßnahmen sorgt.

Die Wasserverschmutzung in Metz werden, nach einer Meldung der „Frankfurter Allg. Zig.“, auch den nächsten Reichstags tag besprochen. Der Reichstagsabgeordnete für Metz, der Landtags Abgeordnete, scheint besondere Vorbehalte zu treffen.

Ein Opfer des Ritualmordwahn. Das Landgericht I Berlin verhandelt am Mittwoch gegen den Schenker Paul Koch und den Rechtsanwalt Eduard Jungt wegen Verhöhnung der jüdischen Religion. Unter Vorlage eines Gutachten Kochs: „Der Ritualmord, eine Verletzung des alten Testaments“, die nachweisen will, daß

auch die heutigen Juden den Ritualmord als ein Gebot ihrer Religion anerkennen müssen. Eine Anzahl Exemplare von der Geschäftsstelle der „Deutschen Hochwacht“ verbreitet, deren Geschäftsführer seinerzeit Jungt war. Der Gerichtshof sprach Jungt frei, da es sowohl für die Verbreitung der Druckschrift durch ihn, als auch für die Mitätererschaft an der nötigen Unterlage fehle, und erklärte die in der Broschüre aufgestellte Behauptung Kochs für unwahr und beschimpfend. Koch wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, welche Strafe, da Koch noch 6 Monate zu verbüßen habe, in eine Zusatzstrafe von 14 Tagen Gefängnis umgewandelt wurde.

Daß der blöde Glaube an Ritualmorde noch so ernst genommen wird, daß jemand, der das Märlein von den jüdischen Blutopfern verbreitet, hochnotpeinlich angeklagt und verurteilt wird, ist ein trübes Zeichen für unsre Kultur.

Das Handelsprovisorium mit England, das bekanntlich am 31. Dezember d. J. abläuft und Deutschland mit England und seinen Kolonien außer Kanada die gegenseitige Meistbegünstigung sichert, soll nach offiziellen Mitteilungen verlängert werden.

Die „Kreuztg.“ und die Landesversicherungsanstalt Berlin. Die „Kreuztg.“ schreibt:

Der Landesversicherungsanstalt Berlin werden von nationalen Blättern allerhand „Umschlingungen“ vorgeworfen, zu denen auch die gehört, daß sie die Todesanzeigen für den Abgeordneten Köhler im „Vorwärts“ veröffentlichte. Mit Recht muß man die Frage aufwerfen, ob eine öffentliche Behörde durch Anwendung von Anzeigen an ein sozialdemokratisches Blatt die Agitation der Sozialdemokratie mittelbar unterstützen darf.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin, in deren Vorstand auch einige sozialdemokratische Arbeiter sitzen, wird sich über diese Notiz der „Kreuztg.“ ebenso amüsieren wie wir.

Die ungültige Zeugniszwangshaft. Aus B o c h u m wird telegraphisch gemeldet:

Auf Intervention des Rechtsanwalts Weidmann ist der wegen Zeugniszwangsverfahren verhaftete Redakteur der „Vergarb.-Zig.“ Reimpeters heute mittag 12 Uhr aus der Haft entlassen worden. Der Rechtsanwalt machte geltend, daß das Zeugniszwangsverfahren auf ungesetzlichem Standpunkt beruhe, da gegen Reimpeters ein Strafverfahren, das notwendig sei, bisher nicht eingeleitet worden sei. Darauf wurde Reimpeters durch den Ersten Staatsanwalt entlassen.

Offenbar ist nicht gemeint, daß gegen Reimpeters ein Strafverfahren eingeleitet ist, sondern vielmehr, daß ein Strafverfahren gegen „Unbekannt“ noch gar nicht anhängig gemacht worden ist. Dieses Zeugniszwangsverfahren übertrifft also alles bisher dagewesene: es ist auf mehrere Tage ein Redakteur eingesperrt worden, weil er eine Aussage nicht machen wollte, obwohl ein richterliches Verfahren, in dem diese Aussage zu machen gewesen wäre, gar nicht vorlag.

Gleichzeitig meldet das „Berl. Tägl.“ aus Bochum:

Die Vorgänge, die zu seiner Verhaftung, schließt Reimpeters folgendermaßen: Er sei am Sonntag zum Amtsgericht gefolgt, ihm sei der Präsident von Weidmann vorgeführt. Reimpeters wolle unter allen Umständen wissen, wie der Bericht in die Hände des Redakteurs gekommen sei. Reimpeters erklärte darauf, der Bericht sei von einem Bergmann offen auf der Straße gefunden und ihm übergeben worden. Als Reimpeters sich nun weigerte, den Namen des Finders zu nennen, wurde er zu zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt und sofort verhaftet. Kommissar Krohn behauptet, er habe seinen Bericht in einem Kuvert verschlossen und eigenhändig in einen Briefkasten in Herne geworfen. Gestern wurden verschiedene Postbeamte von Herne in der Angelegenheit vernommen.

Ob man es nunmehr fertig bringen wird, ein ordnungsgemäßes Strafverfahren gegen „Unbekannte“ einzuleiten und Reimpeters wieder zu verhaften, sieht dahin. Die Arbeiterbewegung braucht ein solches Verhalten nicht zu befürchten.

Die Denunzationspflicht der Soldaten wird den Söhnen des deutschen Volkes aufs neue eingebleut. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht erneut die Bekanntmachung des Kriegsministeriums, monach den Unteroffizieren und Mannschaften die Teilnahme an Versammlungen und Festlichkeiten ohne dienstliche Erlaubnis sowie die Betätigung revolutionärer Gesinnung und das Halten und die Verbreitung sozialdemokratischer Schriften verboten ist. Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder andern Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten. Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Übungen eingeladenen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Wehrdienstes, welche gemäß § 6 des Militärstrafgesetzbuchs und § 30 b 1 des Reichs-Militärstrafgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bezw. der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs unterliegen.

Tiefer der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung aller Bürger, ohne Unterscheidung der Partei, und der im Volke geltenden Moral, welche den Denunzianten für den größten Lumpen im ganzen Lande hält, widersprechende Erlasse sind bekannt. Er hat die Sozialdemokratie außerhalb des Heeres und die natürlich sorgsam zu verschweigende sozialdemokratische Gesinnung im Heere nicht geschwächt.

Rücknahme auf reiche Landtagswähler. Nach dem Wahlergebnis zu den preussischen Wahlen kamen die Wähler der ersten beiden Abteilungen erst an die Reihe, wenn die dritte Klasse fertig ist. Um die Wähler nun vor der Inanspruchnahme des langen Wartens zu beschützen, hat der Minister des Innern nach der „Freie. Zig.“ einen neuen Erlaß herausgegeben. Danach wird für zulässig erachtet, daß bei Verladung der Wähler zur Wahl am mittags 12 Uhr je nach Lage der Umstände bekannt gemacht werden, daß mit der Abstimmung der zweiten Abteilung befristungsweise nicht vor 3 Uhr, mit derjenigen der ersten Abteilung nicht vor 4 Uhr

Ausschneiden!

Wohnungswechsel.

Expedition der Volksstimme

Jakobstraße 49.

Ich ersuche Sie, die mir in meine bisherige Wohnung

Volksstimme vom _____

ab in meine neue Wohnung nach _____

zu senden.

Unterschrift:

Wir bitten, im Bedarfsfalle den obigen genau ausgefüllten Ausschnitt an unsere Expedition zu senden oder unseren Kolporteurs zu übergeben, worauf umgehend die Zustellung an die gewünschte Adresse erfolgen wird.

Sozialdemokratischer Parteitag

Eigener Bericht für die „Volksstimme“

bg. Dresden, 16. September 1903.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung.

Die Fortsetzung der gestrigen Debatte.

Redebour - Berlin:

Sachlich läßt sich zur Klärung der Frage nichts mehr beibringen, es haben nur noch die persönlich angegriffenen Genossen Grund sich zu verteidigen. Ich verzichte daher auf das Wort und bitte alle nicht persönlich angegriffenen Genossen, meinem Beispiel zu folgen. (Bravo!)

Werner - Berlin II verzichtet aufs Wort. (Beifall.)

Hein. Seine - Berlin:

Ich habe über die Angelegenheit, meine aber etwas gesagt werden kann, in der Sitzung vom 14. d. M. ein Artikel in der Volksstimme veröffentlicht, in dem ich die Genossen im Kampfe als Kräfte zwischen die Beine geworfen sein lassen, zu nennen. Er wird nicht einen nennen können, denn ich habe keine Artikel in der bürgerlichen Presse geschrieben. Auf dem Parteitag zu Erfurt ist der Grundgedanke aufgestellt, daß ein Genosse, der einen andern mit Unrecht beschuldigt hat, entweder seine Verschuldigung beweisen oder widerrufen solle. Ich erwarte von der Loyalität des Genossen Hoffmann, daß er diesem Grundgedanke gemäß handelt.

Was die Sache selbst anlangt, so werde ich gegen die Resolution des Parteivorstandes stimmen, weil ich der Ansicht bin, daß diese Resolution unzulänglich ist. Damit will ich durchaus nicht alles billigen, was geschieht ist. Ich meine auch, daß man im höchsten Grade vorsichtig sein muß mit der Mitarbeit an nichtsozialdemokratischen Blättern. Ich habe auch den Artikel Bernhards (sogar gemißbilligt, ich bin auch der Meinung, daß es für einen Parteigenossen nicht möglich ist, für die „Zukunft“ zu schreiben. Bebel hat gestern ein sehr böses Wort gesprochen, als er in bezug auf den Artikel Bernhards sagte, er vermute, daß es noch eine ganze Anzahl Parteigenossen gäbe, die auf demselben Standpunkt ständen, daß es in der Tat Führer gibt, die Genossen belügen und an der Nase führen. Dieses Wort, von Bebel gesprochen, hat eine ganz andere Bedeutung, als wenn der junge Genosse Bernhardt in der „Zukunft“ einen ungeschickten und taktlosen Artikel schreibt. Ich muß dieser Behauptung Bebel's widersprechen. Ich kenne doch auch viele Parteigenossen, aber ich kenne keinen, der solche Grundfälle billigt. Wir sollten doch den gestrigen sehr richtigen Rat Singers befolgen, nicht andern Motive zu unterstellen, die sie selbst nicht anerkennen. Daß man mir nicht nachsagen wird, daß ich solche Grundfälle vertrete, ist wohl selbstverständlich; man wirft mir ja im Gegenteil immer vor, daß ich zu offen meine Meinung sage.

Es ist nun gestern viel Ernstes und Bedeutendes gesagt, es ist das Pathos der Reue erklungen, das Pathos der Bekehrung, das Pathos der Verzeihung. Dem einen hat man gesagt: Gehe hin mein Sohn, dein Glaube hat dir geholfen (Sehr gut!) und dem andern hat man Verzeihung versprochen, weil man Besserung versprochen hat. (Heiterkeit.) Ich habe das alles sehr ernst gefunden und ernst aufgefaßt. Aber es läßt sich doch noch etwas anderes über die Dinge reden. Sie mögen es nun für Donquixotterie oder für ein psychologisch-käufliches halten, (Sehr gut!) aber ich muß doch hier als Verteidiger auftreten. Ich kann den Artikel Bernhards nicht so tragisch nehmen, weil er, wenn auch ungeschickt, so doch gut gemeint war. Er hat geglaubt, das politische Ueberdrehmoment einiger Berliner Literaten noch zu überbrettern. Im übrigen will ich konstatieren, daß der Genosse Bernhardt in seinem Privatleben weit davon entfernt ist, einer doppelten Moral zu huldigen, vielmehr auf einem sehr schwierigen Posten stets den höchsten Anstand bewahrt. — Auch Harden muß ich gewissermaßen verteidigen, auch er ist ein außerordentlich komplizierter Charakter wie andre. (Sehr gut!) Um der Bedeutung des Genossen Stadthagen gleich zu begegnen, will ich betonen, daß ich noch nie einen Pennig von Harden genommen habe. (Stadthagen: Ich habe Wolmar genannt!) Ich wollte nur gleich vorbeugen (Stadthagen: Von ihnen bekomme ich doch alles heraus, was ich wissen will!), daß Genosse Stadthagen sich als diplomatischer Redakteur und Explotant bezeichnet, ist neu, ich glaube nicht, daß er sich sehr dazu eignet. (Heiterkeit.)

Was Gardens „Zukunft“ betrifft, so haben andre Länder längst einen bezartigen unabhängigen Sprechsaal für Mitglieder aller Parteien, nur hat allerdings Gardens die Bedeutung des Blattes durch seine persönliche geschäftliche Polemik tief herabgedrückt. Meinen Satz Freiheit in den Grundgesetzen und Einheit im Handeln hat Bebel als anarchisch bezeichnet. Daß jemand, der der Partei angehört, das Programm anerkennt und ihre Hauptgrundsätze billigt, ist selbstverständlich, im übrigen aber ist es doch mit Genugtuung zu konstatieren, daß jetzt auch Kautsky stets betont: man wolle die Freiheit der Meinung in

der Partei nicht antasten. — Eine Betörung des „Einheit im Handeln“ scheint mir aber gerade nach unserem letzten Siege durchaus notwendig zu sein. (Beifall.)

Göhre-Steglich:

Bebel's gestrige Rede war sehr durchsichtig aufgebaut. Der erste Teil war eine Beschemmung der „Zukunft“, der zweite Teil war eine Ehrenrettung seines Freundes Wehring, der dritte Teil enthielt die schimpflichsten persönlichen Beleidigungen für mich und meine Freunde, die je auf einem Parteitag gehört worden sind. Er sagte: Ich sollte mich schämen, ich hätte meine Partei und Mannesehre beflücht (Sehr wahr!), ich sei ein Marodeur und es gehörte mir ein Pfui! Wenn ich mich weiter achten will, muß ich einen Rückblick auf meine Vergangenheit werfen. (Stärkliche Unterbrechungen.)

Vorf. Singer ersucht, die Ruhe und die Würde des Parteitags zu wahren.

Göhre erzählt seine politische Vergangenheit, seine Betätigung als Fabrikarbeiter, seinen Kampf als Pastor mit dem Konfessorium. Er habe stets nur im Interesse des Proletariats gehandelt und für das Proletariat gearbeitet. Er sei kein hergelauener Akademiker und habe sich niemals vorgebeugt. Er sei hundertmal aufgefordert worden, seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie in Versammlungen zu erklären. Ich habe es nur einmal getan und wollte mit der betreffenden Rede nicht mehr haufen gehen. Ich bin von drei verschiedenen Wahlkreisen zum Reichstag aufgeführt worden und ich habe in Sachsen, meinem Heimatlande, angenommen. Ist das ein Hervordringen? Nein. Meine Ehre ist fadenlos. Ich habe meinen Beruf, mein Amt, mein Einkommen, meine Familie geopfert; meine Ehre war aber bis jetzt rein und dem Genossen Bebel war es vorbehalten, meine Ehre in den Staub zu ziehen. Redner geht nun auf seine Mitarbeiter-schaft an der „Zukunft“ ein; er habe in vier Jahren vier Artikel geschrieben, meist über religiöse Probleme. In der „Zukunft“ habe er die religiösen Fragen behandelt, weil er in der Partei dieses Thema nicht behandeln wollte, da in der Partei Religion Privatfache sei. Die „Zukunft“ ist ein Sprechsaal, in dem ich schreiben konnte, was ich wollte. Was das Verbrechen? — Gestern ist es dazu gestempelt worden. Ich habe ein Verbrechen begangen, bei Wehring ist es ein psychologisch-käufliches Mittel und bei Liebnicht war es eine Dummheit. Man kann mir vorwerfen, ich sei sorglos und harmlos gewesen, habe nicht genügend geprüft; ehrlos war ich nicht. (Sehr richtig!)

Wenn Bebel wirklich ein Parteinteresse durch seine Mitarbeiter-schaft gefährdet glaubte und auf die Einstellung der Mitarbeiter-schaft so großen Wert legte, er hätte ihn persönlich warnen können, ihn, den jungen Genossen erziehen können. Der Fernstehende könnte fast glauben, man habe hier einzelnen Genossen eine Falle stellen wollen, um die Klappe dann zumachen zu können. (Sehr Widerspruch des Vg. Bebel.) Auch er habe den Eindruck, Bebel habe ihn opfern wollen, um seinen Freund Wehring retten zu können. (Bebel: Großwahn!) Warum haben Sie mich gestern großwahnwahnwahn gemacht. Sie haben mich so schwarz gemalt, um Wehring zu glorifizieren, denselben Wehring, der Bernhardt wegen seines Artikel's Parteimoral angriff, es aber in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ Lassalle als größte agitatorische Geschicklichkeit anrechnet, daß er es verstanden habe, den Massen die letzten Ziele zu verschleiern, revolutionäre Tendenzen zur rechten Zeit zu unterdrücken.

Meine Ehre ist hier skrupellos angegriffen worden, um einen Freund zu bedecken. Mein Ehrgefühl erhebt es, mich dagegen zu wenden, auch meinem Parteiführer gegenüber, der Leute in Schutz nimmt, deren Ehre ramponiert ist. Auch diesem Parteiführer gehört ein Pfui!

Seeger - Leipzig:

Die Debatte war die Debatte notwendig und nicht nutzlos für die Partei. Die Herren Braun und Göhre wollten den Spieß umdrehen. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Göhre hat gesagt, er hätte nie in der Partei für Religion Propaganda gemacht. In einer Leipziger Gewerkschaftsversammlung hat er den Arbeitern gepredigt, sie sollten sich ihren Christus nicht nehmen lassen. Die Annahme, daß in der Parteipresse nicht genügend Raum für die Betätigung der Akademiker vorhanden ist, ist falsch und es ist bedauerlich, daß Genosse Auer immer diese Ansicht deckt. In den Redaktionen müssen die Herren freilich arbeiten und das wollen sie nicht. (Heiterkeit.) Göhre's religiöse „Zukunft“-Artikel sind in der Wahlagitierung stets zwischen die Beine geworfen. Dr. Braun habe gesagt, Interesse an der Spaltung habe nur der Berliner Polizeiminister. Sollte diese Anspielung einen Sinn haben, so konnte es nur der sein, daß gewisse Persönlichkeiten mit der Polizei in Verbindung stehen. Braun wäre aber dann der moralische Urheber, denn er hat die Persönlichkeit in die Partei eingeführt. Wenn die Akademiker glaubten, sie könnten hier den Spieß umdrehen; ich kann ihnen sagen, daß sie sich bei uns um allen Kredit gebracht haben.

Dr. Heinrich Braun-Berlin:

Die Frage der Mitarbeit an der „Zukunft“ hätte ganz friedlich geregelt werden können, wenn man nicht mit persönlichen Ranküne, sondern sachlich verfahren hätte. Ich habe nie eine Zeile für die „Zukunft“ geschrieben, meine Frau ist seit Monaten entlassen, nicht wieder für die „Zukunft“ zu schreiben. Es steht aber fest, daß die „Zukunft“ sich der Mitarbeit der herborragendsten Gelehrten und Künstler in aller Welt erfreut. Wir wußten nicht, daß ein Teil der Genossen die Mitarbeit an der „Zukunft“ mißbillige. Niemand hat uns etwas davon gesagt. Weiter ist auch bisher noch auf keinem Parteitag gegen die Mitarbeit an der „Zukunft“ eine Sternensilbe gesagt worden. Bernhardt hat gestern nachgewiesen, wie Wehring entgegen allen journalistischen Anstand seine zweite Geschichte der Sozialdemokratie abgefaßt hat. Genosse Bebel hat diesen Wehring glorifiziert, während er alle Genossen, die einmal an der „Zukunft“ mitgearbeitet haben, für ehrlos erklärt hat. Ich erwarte, daß Bebel seinen ungeduldeten Angriff gegen uns zurücknehmen wird. (Bebel: Es steht mir die Einsicht dazu!) Vorläufig will ich über diese peinliche Sache nichts weiter sagen. (Bebel: Sehr gut!)

Bebel hat behauptet, ich hätte seinerzeit Wehring's Artikel kennen müssen. Aber er hat nicht den geringsten Beweis dafür geliefert. Aus der Tatsache, daß ich vorschlug, Wehring zu dem Souper auch einzuladen, folgt nicht im geringsten, daß ich Wehring kannte, denn es war doch selbstverständlich, daß der damals allgemein verachtete Wehring sich freute, wenn er wieder in den Kreis der Genossen aufgenommen wurde. Die Behauptung Wehring's, ich hätte bereits 1886 bei ihm verkehrt, ist eine der Lügen Wehring's. Bebel sagte, ich hätte Wehring's Artikel gekannt. Das mag schon sein. Er schrieb ja unzählige Artikel für Zeitungen aller Parteien. (Hört, hört!) Natürlich kannte ich auch seine Schandblätter gegen die Sozialdemokratie. (Bebel: Jetzt sind Sie hereingefallen!) Jawohl, ich bin hereingefallen. Genosse Bebel, führen Sie mich nur nicht allzuweit. Ich kannte wohl die Vergangenheit, aber ich kannte nicht die ganze Vergangenheit und ich behaupte wiederholt, hätte ich die Vergangenheit Wehring's genau gekannt, so hätte ich nicht die Hand dazu geboten, ihn aus dem Schlamme emporzuziehen. Daß ich dann nachher Wehring's hervorragende publizistische Kraft für die „Neue Zeit“ empfahl, ist doch nur natürlich. Wenn Kautsky in aufrichtiger Weise uns seine Erinnerungen mitteilt (Stadthagen: In aufrichtiger Weise! Bebel: Das sagen Sie!), jawohl, das sage ich, denn ich bin sehr aufrichtig. (Stadthagen: Es war eine Unerschämtheit!)

Singer bittet dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Dr. Braun: Also Kautsky wird mir zugeben, daß auch er anerkennt, Wehring sei eine schätzenswerte Kraft. Niemals aber habe ich gewünscht, daß die „Neue Zeit“ so vollkommen Wehring ausgeliefert

werden solle, wie das nachher durch Kautsky geschehen ist. — Jedenfalls steht fest, daß nach allem, was hier vorgebracht ist, Franz Wehring am Pranger steht und daß auch Bebel sich vergeblich bemühen wird, ihn herunterzuholen. — Adolf Hoffmann hat die von mir in kurzen herauszugebende Zeitschrift zu kompromittieren gesucht, indem er meinte, Braun hat einen Gönner und gründet daraufhin eine Zeitschrift. Ich stelle fest, daß ich keinen Gönner habe und daß die finanzielle Grundlage des Blattes von jedem beim Berliner Amtsgericht eingesehen werden kann.

Was ist denn nun schließlich das Ergebnis der Debatte. Nach meiner Auffassung sind die Differenzen beigelegt, alle Parteigenossen sind darin einig, daß die Mitarbeit an der „Zukunft“ von jetzt ab aufzugeben ist. Nicht etwa — wie das vielleicht die gegnerische Presse darstellen wird — weil wir auf Befehl Bebel's einschwanken wie die Unteroffiziere. Bebel ist der erste Mann der Partei, aber die Sozialdemokratie stellt eine freie Republik der Geister dar, vorläufig noch ohne Großherzog an der Spitze. (Heiterkeit.) Wir wollen aber auch das Gefühl der Parteigenossen berücksichtigen, weil für uns die Parteipflicht höher steht als das persönliche Interesse. Meiner festen Ueberzeugung nach steht die ganze Partei auf dem gleichen Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und des Klassenkampfes zur Eringung der sozialistischen Gesellschaft. Ueber dieser Einheitslichkeit der Ueberzeugung sind die künstlich aufgebauchten Gegensätze zwischen Revisionisten und Radikalen nur oberflächliches Wellengeräusel. Ich wünsche, daß diese Debatten das ihrige beitragen mögen zur weiteren Vereinheitlichung der Aktion. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen, nur Mehlring soll noch das Wort erhalten.

Singer verliest einen Brief des Redakteurs der „Leipz. Volksztg.“, in dem dieser sich gegen den Vorwurf verwahrt, an der bürgerlichen Presse mitgearbeitet zu haben. Er habe lediglich an einer von seinem Bruder herausgegebenen Zeitung einen Artikel in revisionistischem Sinne geschrieben.

Weiter gelangt ein Brief Maximilian Gardens an den Parteitag zur Verlesung, in dem dieser sich gegen die ihm auf dem Parteitag gemachten Vorwürfe verwahrt. In dem Briefe heißt es:

„Ich soll die russischen Freiheitskämpfer geschmäht haben? Diese Behauptung ist unwahr. Vor 10 Jahren hat Professor Böß einen Artikel in der „Zukunft“ veröffentlicht, dessen Inhalt ich mir nach dem Programm meiner Zeitschrift ebenjowenig anzueignen hatte, wie den Inhalt von Artikeln Konserverdiner, Sozialdemokraten usw. Böß hatte Sibirien bereist und war mit mir so unbedächtiger, als sein Buch wie das Remans in Russland herobten war. Ob seine Darstellung überhaupt richtig war, weiß ich nicht, denn ich kenne Sibirien nicht. Böß macht übrigens in dem Artikel ausdrücklich einen Unterschied zwischen wirklichen politischen Verbrechen und solchen, die sich dafür ausgeben. (Hört, hört!) Böß ist die Behauptung unwahr, ich hätte geschrieben, die Sozialdemokraten hätten den Reichstag bei der Diskussion in eine Aufschüchternheit verwickelt. Ich habe nur geschrieben: „Mancher denkt wohl —“. Ich selbst hatte meine Ansicht über jene Armeen den acht Tage vorher im gerade entgegengesetzten Sinne dargelegt. Im übrigen habe ich über die Sozialdemokratie geschrieben: „Selbst der wüstenste Bourgeois müßte zugeben, daß keine uns bekannte politische Organisation je einer Klasse so schnell und so wesentlich genützt hat wie den deutschen Arbeitern die Sozialdemokratie.“ (Hört, hört!)

Das Wort erhält nunmehr

Wehring:

Kurz vor dem Parteitag wurde mir geraten: Kommen Sie nach Dresden, es wird ein großer Coup gegen Sie geplant. In der Tat ist hier ein planmäßiger Versuch unternommen worden, mich zu belügen. Man hat wochenlang Material gegen mich gesammelt, das ich nicht in zwei Tagen widerlegen kann. Bekanntlich läßt sich in einer Minute mehr Klatsch zusammentragen als in einer Stunde widerlegen. Ich erkläre deshalb, daß ich auf jeden Punkt der Verleumdungen, die hier gegen mich gerichtet sind, antworten werde. Es sind dieselben Verleumdungen, die von bürgerlicher Seite gegen mich geschleudert sind und die ich längst widerlegt habe. (Hört, Schönlant!) Auch den Punkt mit Schönlant habe ich in meiner Broschüre gegen Gardens vor sechs Jahren aufgedeckt und es ist eine Perfidie, wenn Bernhardt das verheimlicht. (Bernhardt: Wo haben Sie das aufgedeckt?) Ich habe mich nicht in die Partei hineingedrängt, keine Zeile für die Partei ohne Aufforderung geschrieben. Wer meine Tätigkeit angreift, schlägt auf die ersten Parteiministationen, auf den Parteivorstand. Es handelt sich hier um einen Ueberfall von so feiger und schamloser Perfidie, wie sie in der verfaultesten und schmutzigsten Gesellschaft ihresgleichen sucht. Ich erkläre, daß ich meine Tätigkeit für die „Neue Zeit“ und „Leipz. Volksztg.“ einstelle, die gegen mich erhobenen Anklagen den Instanzen der Partei zur Prüfung vorlegen werde und abwarten, bis ich wieder zur Tätigkeit aufgefordert werde. (Bravo!)

Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Adolf Hoffmann: Ich habe nicht daran gedacht, zu verlangen, daß Genosse Göhre hier als Opfer falle; das könnte Ihnen gefallen, hier den Märtyrer zu spielen; dazu soll es nicht kommen. Ich habe auch nicht gesagt, Artikel Seines in der bürgerlichen Presse seien uns als Knüttel zwischen die Beine geworfen. Ich habe lediglich die Artikel Seines in den „Sozialistischen Monatsheften“ gemeint, die uns ja schon in Hannover beschlagnahmt haben. Ich brauche wohl nur an die Kanonenfrage zu erinnern.

Bernhardt-Berlin verbittet sich entschieden, daß Wehring ihn einer Verleumdung beschuldige. Er habe nur Tatsachen behauptet. Dem Genossen Bebel möchte er sagen, nachdem er den Artikel „Parteimoral“ widerrufen habe, hätte Bebel ihn nicht mehr zum Gegenstand der Diskussion machen sollen. Bebel habe durchblicken lassen, er habe das Geldes wegen für die „Zukunft“ geschrieben, er könne ihm versichern, er könne, wenn er nicht Sozialdemokrat wäre, gewiß viel mehr Geld verdienen. Bebel habe auch ihn als moralisch tief gesunken bezeichnet. Dazu bestreite er jedem das Recht, auch dem Genossen Bebel, dem er es verbande, daß er in die sozialistische Ideenwelt eingeführt worden ist.

Bebel erwidert Bernhardt, er sei auf den Artikel „Parteimoral“ noch eingegangen, weil er die Erfahrung gemacht habe, daß auch andre Genossen die in dem Artikel niedergelegten Auffassungen teilen, im übrigen habe er ihm jede Genugtuung, die möglich war, gegeben. Braun habe in geschicktester Weise Ausflüchte gemacht; seiner Ueberzeugung nach habe Braun die „Gartenlaube“-Artikel Wehring's gekannt. Göhre's Aufregung begreife er. In seiner Aufregung habe er manches gehört, was gar nicht gesagt worden. Er habe ihn keinen hergelauenen Akademiker genannt, er habe immer Verständnis für die Opfer der Akademiker gehabt, die sie bringen müssen, wenn sie zur Partei kommen. Er habe auch seinen Freund Wehring nicht retten wollen. Wehring sei nicht sein Freund, intime Beziehungen zu ihm habe er nie unterhalten; in der Schönlant-Affäre habe er Wehring völlig preisgegeben. Er habe nie betannt, daß Göhre seine volle Schuldigkeit getan habe, er sei von ihm häufig als eifriger Agitator gelobt worden. Göhre habe von ihm verlangt, er solle ihn erziehen. Er habe keine Neigung zum Parteischulmeister. Göhre habe sich besonders aufgeregt über das Pfui!, das er für die Mitarbeit an der „Zukunft“ nach dem Jollartikel vom 22. November v. J. angewandt habe. Göhre habe nun erklärt, er habe den „Zukunft“-Artikel nicht gelesen. Er glaube das, aber mache ihn darauf aufmerksam, daß die „Neue

Gallerstein, der von den Nürnbergern „Genossen“ vorgeführt worden ist, um Bernheim „holieren“ zu helfen und dabei vielleicht gleichzeitig mit dem „Schloßherrn“ von Bollmar ein Hühnerchen pflegen wird, der in dem Verdict steht, dem ehemaligen freisinnigen Reichsanwalt nicht grün zu sein. Daß auch Rosa Luxemburg in der sächsischen Residenz eintreffen wird, wo sie im vorigen Jahre eine Zeitlang das Parteiblatt redigierte, versteht sich von selbst. Und mit ihr erscheint auch wieder der ganze Kranz der sozialdemokratischen „Vertrauensfrauen“, von der zielreichen und eleganten „Genossin“ Bly Braun-Gylden, der Tochter eines preussischen Generals, angefangen, bis herunter zur Klara Zetkin, der jungenerfährigen Hamburgerin, die noch alljährlich Arm in Arm mit der Luxemburg die entsetzten Parteigenossen in die Schranken forderte. Wir werden über den Verlauf der Tagung berichten.

Zur Orientierung des Lesers sei mitgeteilt, daß unser Parteigenosse Galler Mediziner ist und nicht freisinniger Rechtsanwalt war, daß Rosa Luxemburg im Jahre 1898 und nicht im vorigen Jahre eine Zeitlang das Parteiblatt redigierte und daß Frau Klara Zetkin keine Hamburgerin, sondern eine Leipzigerin ist.

Das Blatt, das solches schrieb, ist ein „führendes“ Organ der nationalliberalen Partei. Uebrigens großen Anstoss in so wenigen Zeilen können die Leser sonst nur noch im „General-Anzeiger“ finden.

Nachspiel von der Reichstagswahl. Die Bergarbeiter Julius Sybow und Robert Franke zu Barth, Alfred Weingand, Stanislaus Kapiralla, August Konzaf, Max Damm und Joseph Breiß zu Bömmelte hatten sich vor dem hiesigen Landgericht gestern wegen angeblichen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, Erregung ruhestörender Lärms und verbotener Nötigung zu verantworten. Sie waren in dem Bergwerke „Neue Hoffnung“ bei Bömmelte beschäftigt und sollten am 16. Juni d. J. nachmittags 2 Uhr einfahren, feierten aber, weil Reichstagswahl war. Obwohl viele anständige Betriebe den Arbeitern das freiwillig gestatteten, wurde ihnen vom Betriebsinspektor Enke bei der Lohnzahlung am 6. Juli je 1,50 Mark als Strafe noch extra in Abzug gebracht. Darüber wurden die Angeklagten natürlich aufgebracht und machten sich, wie die Anklage ankommt, so läßt sich die präkäre Lage der vielen Hunderte schuldig, indem sie sich aus dem Wohnzimmer trotz wiederholter Aufforderung nicht entfernten und laut ständalierten. Sybow, Franke und Breiß sollen hinterher den Inspektor durch Drohungen zur Nachzahlung der 1,50 Mark zu nötigen versucht haben, so daß er angeblich gezwungen war, die Maschine zu besteigen und wegzufahren. Am 7. Juli erschienen Sybow und Franke wieder im Kontor, forderten ihre Papiere sowie je 1,50 Mark und verließen das Werk angeblich trotz Aufforderung nicht, vielmehr bedrohten sie den Inspektor derart, daß er durch das Fenster flüchten und sich verbergen mußte.

Die Verhandlung stellte den behaupteten ruhestörenden Lärm, sowie die Vorgänge am 7. Juli und eine Mißhandlung des Breiß nicht fest; er wurde daher freigesprochen. Dagegen verurteilte die Kammer Sybow wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und verbotener Nötigung zu der harten Strafe von 3 Monaten 3 Tagen Gefängnis, Franke wegen verbotener Nötigung zu 10 Tagen Gefängnis, unter Verurteilung der übrigen Angeklagten wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu je 2 Wochen Gefängnis.

Fahrpländerungen. Am 1. Oktober löst der Winterfahrplan den Sommerfahrplan ab. Der Winterfahrplan wird, außer den üblichen kleinen Zeitverschiebungen, wieder einige bemerkenswerte Änderungen auch im Bezirk der Direktion Magdeburg bringen. Folgende neue Züge sind im Direktionsbezirk vom 1. Oktober ab vorgesehen: Zug 359 Kreienzen—Börsum wird bis Braunschweig durchgeführt; ab Börsum (8.47), in Braunschweig (9.16). (Die eingeklammerten Ziffern bedeuten Nachzeiten.) — Züge 671 und 686 werden auch zwischen Bernburg und Aschersleben befördert. Der letztere nimmt in Güstern den Anschluß des (12.46) von Magdeburg eintreffenden Zuges 576 auf. — Wegfallende Züge: Zug 318 Magdeburg—Niederndodeleben, ab Magdeburg (8.10). — Sonstige wesentliche Änderungen: Zug 452 fährt als Zug 450 schon 1.20 von Magdeburg und trifft in Wittenberge 4.08 ein. Hierdurch wird eine bessere Personenzugverbindung zwischen Magdeburg und Hamburg geschaffen. Die Schnellzüge 36 und 29 erhalten Aufenthalt in Burg. Zug 367 Magdeburg—Berlin fährt 10 Minuten später und erhält dadurch Anschluß vom Zuge 215 von Debisfelde und vom Zuge 152 von Halle. Zug 306 fährt von Magdeburg 7 Minuten früher und erreicht dadurch in Schandelaß Anschluß an den Zug 991 Braunschweig—Debisfelde. Zur Abkürzung des Stillliegens für Durchgangs- und Uebergangs-Reisende in Fergheim ist Zug 335 von Fergheim bis Gilsleben 20, von Gilsleben bis Magdeburg 21 und Zug 336 von Fergheim bis Börsum 18 Minuten früher gelegt. Zug 238 fährt von Magdeburg 20 Minuten später ab und trifft in Debisfelde 8 Minuten später ein. Zug 420 erhält Aufenthalt in Güterglück (6.43 bis 6.44) und erhält dadurch Anschluß an den etwas später gelegten Zug 635 in Richtung Belgig. Zug 403 ist um einige Minuten beschleunigt und erhält dadurch Anschluß an den Zug 374 Magdeburg—Thale. Die Züge 843 und 845 fahren einige Minuten später von Schönebeck zur Aufnahme des Anschlusses der Züge 160 von Halle und 159 von Magdeburg. Zug 868 Fergheim—Halberstadt verkehrt 15 Minuten früher. Zug 381 erhält die 4. Wagenklasse. Zug 437 Magdeburg—Halle verkehrt 10 Minuten später. Zug 444 Halle—Magdeburg erhält die 4. Wagenklasse. Zug 570 Magdeburg—Güstern ist zur Aufnahme des Anschlusses vom Zuge 83 von Hamburg und zur Befreiung eines längeren Stillliegens in Güstern für Reisende in Richtung Sangershausen später gelegt. Zug 633 ist beschleunigt und trifft 16 Minuten früher in Berlin, Schlesischer Bahnhof, ein.

Aus den „besseren Kreisen“. Vorige Woche fand hier ein Vortrag „nur für Damen“ über „Liebe, Ehe etc.“ statt, dem, wie nunmehr erwiesen, mehrere Herren in der Verkleidung als Damen beiwohnten. — Also teilt

Sirischfelder im „Schönebecker Tagebl.“ mit. Wenn die Mitteilung auf Wahrheit beruht — und in einem hiesigen Blatte wird sie indirekt bestätigt! — so wirft das Treiben dieser Leute wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die Ausschauungen über die „guten Sitten“ der „besseren“ Kreise.

Der Anstalt „Bethanien“ hat Frau Minna Wernecke geb. Hoernede letztwillig 10 000 Mark vermacht.

Vor dem Oberkriegsgericht des 4. Armee-Korps hier selbst standen am Mittwoch folgende Fälle zur Verhandlung:

Wegen Beharrens im Ungehorsam vor versammelter Mannschaft in drei Fällen war der Arbeitssoldat 2. Klasse Franz Wolf von der Arbeiterabteilung Magdeburg am 29. November 1902 zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hiesigen legte der vielfach gerichtlich und auch disziplinarisch vorbestrafte Angeklagte, dessen Führung als sehr schlecht bezeichnet wurde, Berufung ein. Das Oberkriegsgericht kam in seiner Verhandlung am 13. Mai d. J. zu dem Schluß, daß, obgleich er bereits ärztlicherseits für zu rechnungsfähig erklärt wurde, eine nochmalige längere Beobachtung in einer Irrenanstalt nötig sei. Diese Beobachtung ist erfolgt und ein Gutachten schriftlich niedergelegt worden, zu dessen Bestätigung der Generalarzt Dr. Berter aus Berlin erschieden war. Dieser erklärte nach kurzer Verhandlung mit dem Angeklagten, daß derselbe durchaus verhandlungsunfähig sei. Der Grad seiner Unzurechnungsfähigkeit sei allerdings schwer festzustellen. Nach weiteren Fragen des Oberkriegsgerichtsrats Fißcher als Verhandlungsführer wurde der Angeklagte im juristischen Sinne trotzdem für zurechnungsfähig erklärt. (1) Die Mutter des Angeklagten, die in Kölln anständig ist, hat bei ihrer Vernehmung angegeben, daß ihr vierter Sohn, der Angeklagte, wohl etwas beschränkt, aber vernünftig war, später jedoch, besonders nach seiner ersten Verurteilung, konfuse Briefe geschrieben habe. Der Vater des Angeklagten hat seinerzeit angegeben, daß der Großvater ebenfalls geistig zeitweise abnorm gewesen ist. Generalarzt Dr. Berter erklärte, daß der endlich belafete Angeklagte in der Berliner Charité längere Zeit beobachtet worden sei. Die Kommission des wissenschaftlichen Senats in Berlin sei der Ansicht, daß der von jeher vorhandene Schwachsinn desselben sich im Laufe der Jahre erheblich weiter ausgebildet habe. Die freie Willensbestimmung des Angeklagten bei Begehung der Straftaten sei nicht vorhanden gewesen. Hieraus leitete der Generalarzt den Sachverständigen und Zeugen ab. Verteidiger Dr. Eberhard beantragte daher die Freisprechung des verblödeten Angeklagten. Das Urteil lautete nach kurzer Beratung demgemäß. Der solchergestalt Freigesprochene wird in den nächsten Tagen in die Heimat entlassen werden.

Der Musiker Franz Kowolik aus Pausdorf bei Samojchin von der 8. Kompanie des 66. Infanterie-Regiments war wegen Diebstahls in erster Instanz zu 3 Wochen Gefängnis unter Verweisung in die zweite Soldatenklasse verurteilt worden. Der Angeklagte, dessen Führung als gut bezeichnet wurde, reiste, von seinem Urlaub kommend, nach Breslau in Gemeinschaft einer jungen Dame, welche ihr Portemonnaie im Coupe liegen ließ, das sich der zuletzt aufsteigende Angeklagte aneignete. Diese Handlungsweise war jedoch beobachtet worden, weshalb er, mit Hilfe eines Schutzmannes gestellt, schließlich das Geld wieder herausgab. Der Angeklagte legte Berufung ein, weil er das gefundene Portemonnaie dem Feldwebel abgeben wollte. Einen Diebstahl zu begehen, habe ihm fern gelegen. Aus Verlesung der vereidigten Zeugenaussagen ging aber hervor, daß doch Diebstahl beabsichtigt gewesen sein muß. Der öffentliche Ankläger beantragte daher Verurteilung der Berufung, die das Richterkollegium denn auch kurzerhand aussprach.

Schlägerei im „Löwen“. Der Bahnarbeiter Joseph Krause aus Sudenburg geriet am Dienstagabend im Gasthof zum Löwen in Sudenburg mit einem andern Mann, ebenfalls Bahnarbeiter, in Streit und es entstand zwischen beiden ein Handgemenge, wobei Krause von dem andern Mann einen Messerschnitt in den Kopf erhielt, so daß er bewußlos zusammenbrach und per Krankenträger der Kranken-Anstalt Sudenburg zugeführt wurde. Das Bewußtsein kehrte nicht wieder zurück, sondern er verstarb noch gestern Abend um 8 1/4 Uhr infolge der Verletzung.

Ein Gerüst ist heute vormittag im Hofe des Hauses des Herrn Klempnermeisters Wäselers, Jakobstraße 9, aus Anlaß von Ausbesserungsarbeiten eingestürzt. Das Dienstmädchen des Herrn W., welches eben auf den Hof gekommen war, wurde dabei nicht unerheblich verletzt. Der praktische Arzt Herr Dr. med. Engelmann wurde sofort herbeigeholt, um der Verunglückten die erste Hilfe anzubringen zu lassen.

Provinz und Umgegend.

Magendorf, 16. September. (Volkverein.) Am Sonntag den 20. September, nachmittags 4 Uhr, findet eine Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn G. Siedewitz statt. Es werden zu dieser Versammlung sämtliche Leher der „Volkstimme“ hiermit eingeladen.

Erfurt, 16. September. (Vom Polizeikampf gegen die Sozialdemokratie.) Im ganzen Erfurter Landkreise bestanden und bekamen die Sozialdemokraten während der Wahlbewegung infolge der bekannten Einflüsse keinen Saal. Die sozialdemokratische Parteileitung verfiel deshalb auf den Plan, politische Sprechstunden einzurichten, um so den Reichstagskandidaten mit den Wählern bekannt zu machen. Der Reden bedurfte es bei diesen Angelegenheiten nicht; es genügte vielmehr der einfache Hinweis, daß man den Sozialdemokraten die Säle verweigere und den andern Parteien überlasse, um das Gerechtigkeitsgefühl der Wähler wahrzunehmen und sie für den Sozialdemokratismus stimmen zu lassen. Deshalb wurde bei den Sprechstunden die Form der Versammlung ausdrücklich vermieden. Der Kandidat legte sich einfach unter die andern Gäste, ließ sich mit diesen in ein Gespräch ein und gab auf gestellte Fragen Antwort. So geschah es in Mühsburg und in Schmira. Wer da aber glaubt, daß dem Gesetz genügend Rechnung getragen, der irrt sich. Unser Genosse Schulz und die beglücklichen Wirte erhielten Strafmandate von 20 bzw. 30 Mark. Ersterer, weil er als Redner in einer nicht angemeldeten Versammlung aufgetreten sei, die Wirte, weil sie nicht angemeldete Versammlungen geduldet haben sollten. Alle Beteiligten riefen richterliche Entscheidung an. Erfolg hatten aber nur die Wirte. Das Schöffengericht, vor welchem die Sache verhandelt wurde, glaubte ihnen, wie das ja auch der Fall war, daß sie nicht gewußt haben, daß die Anwesenden zu einer Versammlung zusammengekommen seien. Anders wurde jedoch mit Genossen Schulz verfahren. Sein Einpruch wurde in dem einen Falle verworfen und der Strafbefehl aufrechterhalten. In der zweiten Sache wurde darauf der Widerspruch zurückgewiesen, doch wird der erstere Fall bis zur höchsten Instanz durchgezogen werden.

Halberstadt, 16. September. (In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten) erklärten sich die Anwesenden mit der Verpachtung des Rittergutes Spieglisberge an den Oekonomieverwalter Karl Klau hier auf einen Zeitraum von 18 Jahren und zu einem Pachtpreise von 9240 Mark jährlich einverstanden.

(Parteigenossen) Denkt heute Abend an die Wahlvereinsversammlung, welche bei Mag. Bollmann stattfindet. Genosse Gerlach gibt einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen in der Preßkommission in bezug auf die „Volkstimme“. Außerdem werden wir uns mit den Verhandlungen des Parteitag beschaftigen.

Halle, 14. September. (Ein kleiner Konflikt) bereitet sich nach der „V.“ wieder einmal im Stadterordnetenkollegium vor. Am 12. Mai faßte das Kollegium auf Vorschlag der Baukommission

den Beschluß, den Magistrat aufzufordern, den sogenannten Besenputz, der in hygienischer Beziehung für die Schulkinder schädlich sei und nicht angeordnet war, von den Decken der Aula und der Turnhalle in einer Mittelschule zu beseitigen. Die Arbeit verursacht Kosten und der Magistrat, der kein Geld dazu hat, weigert sich, den Beschluß des Kollegiums auszuführen. Das Kollegium beharrte heute auf seinem Standpunkte und der Vorschlag, eine „Friedenskommission“ zu bilden, wurde abgelehnt. Nun wird sich der Bezirksausschuß mit der Sache zu beschäftigen haben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Deuben bei Weiskens hat ein junges Mädchen beim Essen eines Pfandes eine Wespel verchluckt, von der sie im Innern des Halses gestochen wurde. Nur schnellste ärztliche Hilfe rettete das Mädchen vom Erstickenstode. — Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Zuckerfabrik in Battenwisch. Der Arbeiter Marg half beim Reinigen des Fahrstuhls; unerwartet sank der Apparat herunter und tötete ihn auf der Stelle. Der Verunglückte, der ein sehr fleißiger und nächterner Mann war, hinterläßt Frau und sechs Kinder, von denen das Älteste 14 Jahre alt ist. — Eine Feuersbrunst hat das Städtchen Dassel heimgesucht. Es brannten 18 Gebäude nieder, 10 Familien sind obdachlos. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Feuer böswillig angelegt worden. — Bei einem Brande im Lagersteller der Nickerischen Drogenhandlung in Naumburg erlitt der dort beschäftigte Arbeiter Erhardt. — Ein gestreuter Passagier sprang zwischen Schandelaß und Bornum aus dem in voller Fahrt begriffenen Schnellzuge. Sein Begleiter zog die Nolleine, worauf der Zug zum Stehen gebracht wurde. Wertwürdigerweise hatte der gefährliche Sprung dem Kranken nicht das geringste geschadet, so daß er die Fahrt sogleich fortsetzen konnte. — In Gilsleben bei Bernigerode brannte die gefüllte Scheune des Landwirts Gustav Borchert vollständig nieder. — Der frühere Kaffeeer beim Metallarbeiter-Verein, B. Meinhardt in Zeitz hat, wie bürgerliche Blätter berichten, 778,65 Mark unterschlagen; es ist wegen dieses Vergehens gegen ihn gerichtliche Anzeige erfolgt.

Vermischte Nachrichten.

* **Tolstois neuestes Werk und die russische Geistlichkeit.** Den 75. Geburtstag des Grafen Leo Tolstoi, den die intelligenten Elemente und das Bauerntum Rußlands mit besonderer Feierlichkeit begangen haben, hat die russische Geistlichkeit dazu benützt, um Tolstoi öffentlich in einer Weise herabzuwürdigen und zu verhöhnen, die in ganz Rußland scharf verurteilt wird. Wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, nahm diesmal die russische Geistlichkeit ihre Zuflucht nicht zu dem Heiligen Synod, sondern zu dem in Rußland und am Jarenhose beliebten Wunderpriester Joann von Kronstadt, der sich auch willig dazu hergab, den größten russischen Dichter und Philanthropen in den Augen seiner Landsleute herabzusetzen und zu schmähen. Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Ueberfall gegen den greisen Einsiedler von Jasnaja Poljana gab der russischen Geistlichkeit das neueste Werk Tolstois „An die Geistlichkeit“, das unlängst im Auslande publiziert worden ist. Der Führer der russischen Geistlichkeit, Priester Joann von Kronstadt, publizierte nun in dem Organe des russischen Klerus, in der „Missionerskoje Dobsrenje“ (Missionären-Rundschau) einen sehr umfangreichen Artikel, in dem Tolstoi als Gotteslästerer, als Heuchler und als Irreführer bezeichnet und mit den schimpflichsten Worten belegt wird. „Küssen!“ ruft Joann aus, „ich will euch die gottlose Person Tolstois zeigen, ich will beweisen, wie Tolstoi seine moralische Physiognomie bis zu Abschauen, bis zur Fraße entstellte hat.“ Und Priester Joann ergeht sich in grenzenlosen Schmähungen des Dichters von „Anna Karenina“ und von „Krieg und Frieden“ und aller seiner Verdienste als Schriftsteller und Mensch. Aber der Artikel des Priesters Joann dürfte noch ein Nachspiel haben: die intelligenten Kreise sammeln Unterschriften für eine Guldigungsadresse an Tolstoi, in welcher u. a. auch die jüngste Tat der russischen Geistlichkeit indirekt gebrandmarkt werden soll.

Kleine Chronik.

Vom Unwetter.

Der fortgesetzte Regen hat in der letzten Zeit, namentlich im nördlichen Teile des Regierungsbezirks Dsnabrück folgenschwere Ueberschwemmungen verursacht. Wie in den angrenzenden oldenburgischen Bezirken sowie im ehemaligen Amte Stieghausen sind im Gebiete der Eins Taufende von Morgen Land überflutet. Auf den Wiesen ist das Gras des zweiten Schnittes weggetrieben oder durch das Wasser zum Verenden als Futter verdorben. Am schlimmsten trifft die Kalamität die Moorolonisten, welche ohnedies sich in einer sehr traurigen Lage befanden. Der Buchweizen, welcher das Hauptnahrungsmittel der armen Moorbauern liefert, ist vielfach verdorben und nicht des Erntens wert, ebenso verhält es sich mit den Kartoffeln. Der in den Hochmooren produzierte Torf, dessen Wert sich über eine Million Mark beläuft, ist zum Verwerten als Brennmaterial untauglich, und da aus dem Verkauf von Torf der Moorolonist seine einzige Einnahme bezieht, und diese jetzt fast gänzlich in Wegfall kommt, so läßt sich die präkäre Lage der vielen Hunderten Familien, welche von der Katastrophe betroffen werden, ermessen. Staatliche und private Hilfe tut not, wenn diese armen Leute nicht dem Hunger preisgegeben werden sollen.

Das Schneewetter in der Schweiz hat bereits größere Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. Die Furtpost konnte nur das kleine Städt von Göschenen bis Gosspental zurücklegen, die Wagen der Grimelpost blieben bei Gander Regen. Auf dem Oberalppaß wurde die Post durch große Schneemengen aufgehalten, mußte umkehren und nach Andermatt zurückfahren. Die Luftmanierstraße ist zwischen Disentis und Curaglia durch Lawinenschürze unpasseierbar gemacht worden.

Das Hochwasser richtet fortgesetzt großen Schaden an. Der Ort Mittelsill steht völlig unter Wasser, ebenso der Gemeindefeld im Oberprinngau. Dort ist ferner ein Haus eingestürzt; bei mehreren andern droht der Einsturz. Im ganzen Gasteinertal ist die Lage ausgetreten und hat die meisten Brücken zerstört. In Lungau hat die nur großen Schaden angerichtet, die Gemeindebrücken zerstört und die Feldfrüchte vernichtet. Wie ein Telegramm aus Salzburg meldet, sind in Lungau mehrere Häuser wegge-

Schwemmt worden, und der Ort droht vom Erdboden zu verschwinden. In Niedermühl ist eine männliche Leiche angeschwemmt. Der Tot war touristisch gekleidet. Man fand bei ihm eine größere Geldsumme und Visitenkarten, auf den Namen Alois Wader lautend. Bei Leud im Gasteiner Tal wurden heute sechs Leichen vorbeigeschwemmt. Die Gasteiner Ache führt massenhaft totes Vieh mit sich. Aus Bad Gastein fehlen noch immer nähere Nachrichten. Nur wenige verjuchten, dahin zu gelangen, doch muß die Katastrophe fürchtbar sein. Von St. Michael bis Lansweg, ein etwa dreistündiger Marsch, ist alles unter Wasser. Jetzt fällt überall Schnee. Auf den Tauern liegt der Schnee einen halben Meter hoch. Heute sind abermals zwei Bataillone Militär abgegangen.

Kleine Tageschronik. Die 800 Jahre alten Salzbergwerke in Bochnia, die galizisches Staatseigentum sind, wurden geschlossen, weil sie einzufrieren drohen. — In Christiania sind bei dem Brande eines Geschäftshauses in der Kongensstraße im ganzen neun Personen ums Leben gekommen. — Das Urteil im Zwickauer Spiritus-Prozess ist gestern gefällt worden. Die Angeklagte, Frau Frenzel, wurde wegen Betrugs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, der Mann frei gesprochen, jedoch sofort wegen Weineidsverdachts verhaftet. — Die aus Budapest ein Telegramm berichtet, entstand in der Ortschaft Wagedonitz dadurch, daß ein im Innern des Kirchturms untergebracht, zum Völleschießen bestimmtes Quantum Pulver böswilligerweise zur Explosion gebracht worden war, ein großer Brand. Der Kirchthurm stürzte ein, zahlreiche Häuser wurden eingeschert. Ein Hund kam in den Flammen um. — Durch Großfeuer wurden in Lindau bei Heiligenstadt acht Häuser ganz eingeschert. — In der Färberei von Fungis u. Erchen in Rehdyt plagte im Wochenraume ein auf zwölf Atmosphären gedrückter Trodenzylinder, der nur unter sechs Atmosphären Druck stand. Die umherliegenden Eisen-

Räder rissen dem 26 Jahre alten, verheirateten Arbeiter Küfers aus Odenkirchen beide Beine ab; der Verunglückte starb auf dem Wege nach dem Krankenhause. Sein jüngerer Bruder, der an der Brust schwer verletzt wurde, mußte sich im Krankenhause einer Operation unterziehen. — Der Postdampfer „Baderland“ der „Red Star-Linie“ ist laut Telegramm am 14. September wohlbehalten in New-York angekommen. —

Literarisches.

(Eingegangene Druckschriften. Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)
Südböhmischer Postillon. (Verlag von M. Ernst in München.) Preis 10 Pf. — Nr. 19 ist soeben erschienen mit guten Bildern und vorzüglichen Beiträgen. In dem herrlichen Leitgedicht „Im roten Königreich“ begrüßt der Dichter Ernst Klar den Parteitag, über welchen das Postillons „gedreier Wiederkehrer“ hellauflammert und dem Einzug der roten mit Schreden entgegenzieht. „Der Retter“, ein Gedicht von Robert Moriz, gehört zu den besten Beiträgen. Die Abgeordneten Ede, August, Georg und Gen. P. behandeln mit gelungener Satire die auf dem Münchner Parteitag von einem bekannten Parteigenossen mit großer Hartnäckigkeit geforderte allgemeine Ansprache mit „Du“. Wir brauchen diese Nummer nicht erst zu empfehlen, sie spricht für sich selbst. —

Einen neuen Volks-Merkmalen gibt der Verlag von Richard Lipinski, Leipzig, für das Jahr 1904 heraus. Der Kalender, betitelt „Die Arbeit“, ist gut gezeichnet und farbenprächtig ausgeführt. Die Arbeit sitzt auf massivem Thron und überblickt die sich unten mühen Arbeiter. Der Wochenkalender enthält partei-geschichtliche und historische Daten, die Angaben von Sonn- und Mondwechsel und auf der Rückseite vorfindlich ausgewählte Gedichte der Freiheit. Der Kalender ist als häßlicher Zimmerschmuck zu empfehlen. Preis 40 Pf. Porto 10 Pf. —

Im gleichen Verlage ist auch eine neue geschmackvolle Postkarte „Mit uns das Volk mit uns der Sieg!“ erschienen. Die kraftvolle Gestalt des Sozialismus reißt vorwärts führend die Volksmassen mit sich fort. Einzelpreis 10 Pf., Partierpreis billiger.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Arenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3 M., das einzelne Heft 60 Pf.) Das zweite Septemberheft ist eine schön ausgestattete Ludwig Richter-Nummer. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—21,00. Speisebohnen (weiße) 21,00—36,00. Binsen 17,00—27,00. Kartoffeln 4,50—5,50. Rindfleisch 4,00—4,50. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,03—1,10, von der Keule 1,40—1,60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,30—1,40, Kalbfleisch 1,20—1,30, Hammelfleisch 1,20—1,30. Speck (geräuchert) 1,50—1,80. Eibutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,40—4,00.

Wasserstände.

Ort	Datum	Wasserstand	Veränderung
Wardubitz	14. Aug.	0,06	—
Brandeb.	14. Aug.	0,24	—
Melmit	14. Aug.	0,70	—
Leitmeritz	14. Aug.	0,64	—
Musitz	14. Aug.	0,43	—
Dresden	14. Aug.	1,74	—
Torgau	14. Aug.	0,01	—
Mittenberg	14. Aug.	0,68	—
Hoylau	14. Aug.	0,13	—
Barby	14. Aug.	0,37	—
Schönebeck	14. Aug.	0,24	—
Magdeburg	14. Aug.	0,60	—
Tangermünde	14. Aug.	0,95	—
Mittenberge	14. Aug.	0,58	—
Wittenberg	14. Aug.	0,10	—
Wittenberg	14. Aug.	0,27	—
13. Sept.		+ 0,02	—
14. Sept.		+ 0,28	0,04
15. Sept.		+ 0,63	0,07
16. Sept.		+ 0,54	0,10
17. Sept.		+ 0,39	0,04
18. Sept.		+ 1,70	0,04
19. Sept.		+ 0,02	0,01
20. Sept.		+ 0,73	0,05
21. Sept.		+ 0,15	0,02
22. Sept.		+ 0,50	0,13
23. Sept.		+ 0,29	0,05
24. Sept.		+ 0,70	0,10
25. Sept.		+ 0,96	0,01
26. Sept.		+ 0,57	0,01
27. Sept.		+ 0,11	0,01
28. Sept.		+ 0,29	0,02

Beachten
 Sie den großen Verkauf
 meiner wohl angefertigten
Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.
 Das Lager soll bis zum 15. November d. J. wegen
 häufiger Bestellungen möglichst geräumt sein und verkaufe
 daher zu jedem annehmbaren Preise.
 Meine in fünf großen Kisten befindlichen
 Möbel können auch des Abends besichtigt werden,
 da sich in diesen Kisten elektrisches Licht befindet.
O. Putzmann
 Tischlermeister
 Gr. Steinernetischstrasse 19.

Gardinen
 erhalten eine
wunderbar schöne Färbung
 durch die flüssige Cremefarbe
„Flava“
 Bortlich in Flaschen zu 10 u. 20 Pf. in sämtlichen Lagern des
Konsum-Vereins Neustadt. 197

Warum glauben wir nicht?
 Von Dr. Georg Kramer,
 Prediger der Freien Religions-
 Gesellschaft zu Magdeburg.
 Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
 und deren Kolporteurs.

Das größte und wohl-
 schmeckendste
Brot
 5 Pfund schwer 50 Pf.
Butterhandlung
 „Edelweiss“
 Sudenburg
 40 Halberstädterstraße 40.
 Konventionen werden fort-
 während gekauft **A. Pilschka**,
 Margaretenstraße 2, I. 280

Güte und Stärke des Gummis sie vor
 allen anderen auszeichnet. Das dazu verwen-
 dete hervorragende Material ist auf das
 Sorgfältigste doppelt verzinkt und
 dadurch sicher gegen Rost geschützt.
A. ROSE, MAGDEBURG
 (gegründet 1855).
 Preisliste mit
 Abbildungen frei
 und unsonst.
Pfeil
 zweifach
 und vierfach
 ein gutes
 Eisen.

Bäder jeder Art
 veranlagt 134
 Kur- u. Bade-Anstalt
 M. Arbeit, Führerstr. 103
 Bannbäder 25 und 50 Pf.
 Inh.: Gustav Engel.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.
 Große Mühlstraße 1a.
 Mittels von 12-1

Geld!
 Zellestes und größtes
Leihhaus
 Adolph Michaelis

Aufträge
 in Malereien und Schildern
 jeder Art, sowie Sticker- u. Auf-
 zeichnungen bei sauberer Aus-
 führung billigst 490
Bernh. Brehmer
 Sudenburg, „Eiseller“.
Altes
 Sudenburg, „Eiseller“.

Ansichtskarten von Magdeburg
 150 Sorten
 à 10 Pf., 2 Stück 15 Pf.
 50 Sorten
 à 5 Pf., 3 Stück 10 Pf.
Genrearten
 nur bessere Muster...
 à 10 und 5 Pf.
 Sie haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Städtische Arbeitsnachweisstelle
 Magdeburg
 Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-
 löstern, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.
 Fernsprechanschluss: Rathaus Nr. 2150—2155.
 Geöffnet:
 Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm.
 Weibliche 10—1 4—7
 Männliche Abteilung: Haselberg 13, Hof rechts.
 Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache 5.

Sorgfältige Aufbewahrung
 Schnellste Erledigung
 Strengste Verschwiegenheit
 Geöffnet 558
 bis 8 Uhr abends.

was muss man von der
Malerei wissen?
 Von Dr. Ernst Henneberg. — 1 M.,
 gebd. 1,50 M.
 Buchhandlung Volksstimme.
 Den werten Genossen bringe ich
 meine
Wasch- u. Plättanstalt
 hierdurch in empfehlende Erinnerung.
 Frau Bretthauer, Ebdorferstr. 33.
 Plättlehring gef. Oberfelderstr. 63 b.

Zirkus Drexler
 Magdeburg.
 Donnerstag den 17. September 1903, abends 8 Uhr
Gala-Sports-Vorstellung
 mit neuem, hochentwickeltem Glanz-Repertoire.
 Freitag den 18. September 1903, abends 8 Uhr
Brillante Gala-Parade-Vorstellung
 mit überraschenden, sensationellen Debüt.
 Die größte Sensation des 20. Jahrhunderts!
L. Gastspiel des Schreitensfahrers
Herm. Krebs!
 Hochachtungsvoll
W. Drexler, Direktor und alleiniger Eigentümer.

Reparaturen sowie
 Neuanfertigung
 sämtlicher
Schuhwaren
 liefert billigst und prompt
Albert Hill, Schuhmacher-
 meister
 Dreikönig 80/81
 Eingang Katharinenstraße.

**Schlachte-
 fest.** 675
 Sonnabend
 Auablanchstwurf und
 Zauersch.
Wilhelm Brandt
 Friedrichsplatz 3.

Auktions-Haus.
 Täglich Versteigerung von Gegenständen aller Art zur öffentlichen
 Versteigerung.
Berthold Wolff, Auctionar, Sperrstr. 11.
Günstige Kaufgelegenheit!!
 Heute und folgende Tage verbringe ich große Posten
 moderne Herren-Anzüge, Paletots, Joppen,
 Jagdanzüge, Kinder-Anzüge, Hosen
 sowie sämtliche
Arbeiter-Garderoben.
Große Posten Schuhwaren
 aller Art für Herren, Damen und Kinder.
Berth. Wolff
 Sperrstr. 11. Sperrstr. 11.

Öffentliche Versammlung
 aller
Stenpner und Installateure
 am
 Sonnabend den 19. September, abends 8¹/₂ Uhr,
 im Lokale der Ww. Müller, Tischlerkrugstraße 22.
 Tages-Ordnung:
 Die Antwort der Stenpner-Jungung auf des Arbeitgeber-
 Verbandes im Installationsgewerbe auf den eingereichten
 Tarif.
 Kollegen! Diese Versammlung soll uns die Gewissheit
 bringen, ob die Stenpner-Jungung des, was im Hinblick auf
 andere Gewerkschaften als minimal bezeichnet werden muss,
 auch annehmen und dadurch des gleiche Verständnis für die so-
 zialen Interessen am Tag legen, wie die Arbeitgeber anderer Art.
 Im Falle der Nichtannahme haben die Kollegen genügende
 Beweise zu haben und darf deshalb in der Versammlung auch
 nicht ein Schritt setzen.
Der Einberufer.

Schönebeck.
Radfahrer-Verein
 „Frisch auf“ 667
 Sonntag den 20. September
 in den Räumen der „Tonhalle“
I. Stiftungsfest
 bestehend in Korso- und Reigen-
 fahren, Theater und Ball.
 Programm 20 Pf.
 Es ladet freundlich ein
 Der Vorstand.
Stadt-Theater.
 Freitag den 18. September 1903.
Figaros Hochzeit.
 Komische Oper in 4 Aufzügen.
Walhalla
 Jeden Abend
**Große Spezialitäten-
 Vorstellung.** 474
 mit den Besten von 1903.
 Porträtgalerie und biographisches Lexikon
 Nachschlagewerk für alle Bedürfnisse
 des Reichstags.
 „Kritik“ und den „Rechten Reichstags-
 Sess“ original, menschenlich, brauchbar
 für Jedermann.
 Entwürfe empfohlen von Hunderten von
 Männern aller politischen Richtungen.
 Preis nur 50 Pfennig.
 Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme.

Schönebeck.
Radfahrer-Verein
 „Frisch auf“ 667
 Sonntag den 20. September
 in den Räumen der „Tonhalle“
I. Stiftungsfest
 bestehend in Korso- und Reigen-
 fahren, Theater und Ball.
 Programm 20 Pf.
 Es ladet freundlich ein
 Der Vorstand.
Stadt-Theater.
 Freitag den 18. September 1903.
Figaros Hochzeit.
 Komische Oper in 4 Aufzügen.
Walhalla
 Jeden Abend
**Große Spezialitäten-
 Vorstellung.** 474

begonnen werde. Der Wahlvorstand muß aber derselbe bleiben.

Oesterreich.

Die Zurückhaltung der Dritthährigen.

angordnet von der Kriegsverwaltung, hat große Erregung hervorgerufen. In Wien und anderwärts haben große Protestversammlungen stattgefunden; weitere Kundgebungen sind geplant. Im niederösterreichischen Landtag, wo die Angelegenheit zur Sprache gebracht wurde, versuchte der Statthalter die Debatte mit dem Hinweis auf die Inkompetenz des Landtags abzuschneiden. Das hinderte den Abgeordneten Seitz (Sozialist) nicht, in längerer Rede darzulegen, daß auch diese Maßnahme in letzter Linie aus Rücksicht auf Ungarn, wo das erhöhte Heereskontingent abgelehnt worden ist, erlassen wurde. Auch in den andern Landtagen wird es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen, da namentlich die Bayern über die Maßnahme der Kriegsverwaltung sehr aufgebracht sind.

Der sozialdemokratische Protest gegen die Zurückhaltung des dritten Jahrganges

hat geklopft. Bezeichnend ist, daß die Hilfe wieder nur mit Hilfe des § 14 gebracht werden kann. Aus Wien wird der „Post. Ztg.“ telegraphiert: Falls im Reichsrat die hochschwere Obstruktion fortgesetzt und die zahlreichen noch vorhandenen Dringlichkeitsanträge nicht zurückgestellt werden, so wird eine neue Wehrvorlage mit dem § 14 erlassen werden, um die Entlassung der dreijährigen Mannschaften und das Einrücken der Reservisten am 1. Oktober zu ermöglichen. In gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß die Regierung schon längst die Absicht hatte, den Reichsrat einzuberufen; militärische Einflüsse waren aber dagegen, weil nach Ansicht hoher Militärs der Umstand, daß die Einberufung der Reservisten in Oesterreich erfolgt, während es in Ungarn nicht geschieht, einen Durchbruch der gemeinsamen Organisation der Armee bedeute.

Nach andern Mitteilungen wird der Ministerrat den Reichsrat für den 23. September zu einer vierstägigen Sitzung einberufen. — Eine ordnungsgemäße Verhandlung ist im österreichischen Klassenparlament beinahe ausgeschlossen.

Frankreich.

Nichter Magnaud und die Kongregationen.

ac. Der als der „gute Richter“ bekannte Gerichtspräsident von Chateaux-Thierry hat kürzlich wieder einen höchst bemerkenswerten Spruch gefällt. Zwei Ordensschwwestern hatten gegen das Kongregationsgesetz geklagt, indem sie auch nach der Schließung ihrer Schule noch Unterricht erteilten. Mit den Schwestern zusammen hatte der Hauswirt auf der Anklagebank zu erscheinen, der den Schwestern sein Haus zum Zwecke des Unterrichts zur Verfügung gestellt hatte. Soweit bei solchen Vergehen der Kongregationen nicht überhaupt Freispruch erfolgte, sind diese in den bisherigen Prozessen stets mit so leichten Strafen belegt worden, daß sie mehr einem Anreiz zu weiteren Übertretungen gleichkamen. Anders urteilte Magnaud. Die Schwestern wurden zu je 1000 Franc Strafe, der Hauswirt zu 14 Tagen Gefängnis und 1000 Franc Geldstrafe verurteilt. Bemerkenswert ist die Begründung der verhältnismäßig hohen Strafen. Magnaud sagte: Ist es auch angebracht, bei Verfehlungen sozialer Natur (dessaillances sociales) Milde walten zu lassen, unter Umständen bis zur gänzlichen Verzeihung, so muß die Strenge des Gesetzes selbst bis zur Härte angewandt werden, wenn es sich nicht um Humanität, sondern im Gegenteil darum handelt, die Geister von dem befreienden Einfluß der Laienschule fernzuhalten.

Der liberale „Temps“, der im „Interesse der Freiheit“ ein warmer Verteidiger der Kongregationen ist, macht aus seinem Unwillen über das obige Urteil kein Geheul. Er höhnt über den Richter, der, als er, die erste Mal in seiner richterlichen Urteile gelangt sei.

England.

Die Vertagung der Regierungskrisis.

Die Erwägungen des englischen Ministerrates über die Handelspolitik sind nach einer Londoner Depesche der „Post. Ztg.“ beendet. Weitere Ministerzusammenkünfte werden vor dem Spätherbst nicht stattfinden. Inzwischen werde Chamberlain sein Programm ändern, um es in Einklang mit den Anschauungen Balfours zu bringen und zwar durch Weglassung der Vorschläge, die die Besteuerung der Nahrungsmittel und der Rohstoffe galten. — Einem Londoner Telegramm des „Berl. Tagebl.“ zufolge wird die Situation des Kabinetts als konsolidiert betrachtet; wenn man von Chamberlain absieht, sei kein Grund für eine Krise vorhanden. Ein Rücktritt Chamberlains sei wenig wahrscheinlich.

Danach scheint es so, als wenn für alle Waren außer Nahrungsmitteln und Rohstoffen Vorzugszölle für die Kolonien, aber hohe Zölle für das übrige Ausland und damit eine Verteuerung der für die englische Industrie notwendigen Halbfabrikate, sowie der für das gesamte Volk notwendigen Industrieprodukte geplant wird.

Schweiz.

Der Handelsvertrag mit Italien.

Aus Bern meldet das „Berliner Tageblatt“: Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, den Handelsvertrag mit Italien noch in dieser Woche zu beenden.

Belgien.

Der Molkerei-Kongreß.

Der vergangene Woche in Brüssel tagte, hat folgende Beschlüsse angenommen: Der Kongreß überläßt es den einzelnen Ländern, welche gesetzlichen Maßnahmen sie treffen wollen, um Fälschungen der Butter durch Margarine und andre Fette zu verhindern. Bezüglich der Milch: Milch von Kühen, die an der Maulseuche erkrankt sind, ist unter der Bedingung dem Konsum freizugeben, daß sie bis zu 85 Grad erhitzt worden ist; Johann: Unter den gegenwärtigen Umständen ist es wünschenswert, daß die Molkereiprodukte der industriellen und kooperativen Unternehmen vor dem Konsum einer Untersuchung unterzogen werden. Schließlich wird eine Resolution angenommen, in der die Verwendung von Fett zu Butter zu untersagen verlangt wird.

Kleine politische Nachrichten. Der neuernannte Staatssekretär von Stengel hat nach seiner Rückkehr nach Berlin vom Urlaub am Mittwoch die Leitung des Reichsschatzamts übernommen. — Der Hamburger Senat beantragte bei der Bürgerschaft die Bewilligung von 8 Millionen Mark zur Herstellung einer Wasserstraße für den oberelbischen Flußschiffverkehr nach Kuhlwerder und einer Bahnverbindung von der Reute nach Bahnhof Wilhelmshurg. — Die Kruppen des Sultans von Marokko haben nach Meldungen, die in Madrid eingegangen sind, eine schwere Niederlage erlitten. — Die vom englischen Handelsamt hergestellten Tabellen des statistischen Materials mit Bezug auf den britischen und ausländischen Handel und die industriellen Verhältnisse Englands wurden am Mittwoch als Blaubeuch veröffentlicht. — Der österreichische Reichsrat ist für den 23. d. M. einberufen worden, um das Gesetz über die Erhöhung des Rekrutenkontingents abzuändern. Die dreijährigen Mannschaften werden am 1. Oktober wie gewöhnlich entlassen werden. — Der persische Premierminister ist seines Postens enthoben und ins Ausland verbannt worden.

Soziales.

Die hohen Verwaltungskosten der Landesversicherungsanstalten bilden von jeher den Gegenstand lebhafter Klagen. Nun bringt die „Hannoversche Grundbesitzer-Zeitung“ eine Notiz, die geeignet ist, zur Aufklärung über die Entstehung mancher Kosten beizutragen. Das genannte Blatt schreibt:

„Eine wahre Verschwendung hat neuerdings die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz mit den Geldern ihrer Versicherten bei der Herstellung einer Dienstwohnung für den Vorsitzenden der Anstalt, Landesrat Klauener, an den Tag gelegt. Diese Wohnung (sechzehn Räume umfassend) kostet nach ihrer Fertigstellung rund 60 000 bis 70 000 Mark; die Deckmalereien stellen sich allein auf 4000 Mark. Aber dafür finden wir einen Wintergarten, einen Sommergarten mit Springbrunnen und vieles andre. An Unzugskosten hat der Vorstand, wiewohl es sich nur um eine Entfernung von 10 Minuten handelte, außerdem die Summe von 2000 Mark bewilligt. Es kann wohl nur eine Auffassung darüber herrschen, daß diese horrenden Summen für das Wohl des alten und invaliden Arbeiters besser hätten angelegt werden können.“

Von einer Entrüstung der bürgerlichen Presse über die Verpöbelung von Arbeitergroßen haben wir bisher nichts gemerkt.

Arbeiterassistenten bei der württembergischen Gewerbeaufsicht. Bei der württembergischen Gewerbeinspektion werden — so schreibt die „Correspondenz der Generalkommission“ — drei männliche und eine weibliche Hilfskraft angestellt. Höhere Vorbildung wird nicht gefordert, nur eine gute Schulbildung und längere Beschäftigung in gewerblichen Betrieben. Man will also anscheinend Arbeiter zur Gewerbeinspektion heranziehen. Warum macht aber die württembergische Regierung nicht den Versuch, diese Assistenten von den Gewerkschaften wählen zu lassen, nachdem sie durch langjährige Erfahrungen ihrer Gewerbeaufsichtsbeamten im Verkehr mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft erkannt hat, daß in diesen Kreisen der Arbeiterchutz seine wesentlichste Stütze findet? Ist sie nicht autonom im Staate, ihre Gewerbeaufsicht so zu regeln, wie es am besten dem Interesse des Arbeiterschutzes entspricht?

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. September 1903.

— **Raumann kontra Maurenbrecher.** Herr Naumau polemisiert in der neuesten Nummer der „Hilfe“ gegen den Artikel des Genossen Maurenbrecher in unjerm Blatte. Er schreibt:

Die Frage ist zwischen Maurenbrecher und mir nicht die, ob der Arbeiter grundsätzlich monarchisch sein soll oder nicht, sondern die, ob ihn zugemutet werden kann, mit dem Kaiserthum, das sich auf der preussischen und deutschen Verfassung aufbaut, in ähnlicher Weise politisch zu verhalten, wie es das Bürgertum getan hat. Ich bejahe diese Frage, Maurenbrecher verneint sie. Er verlangt, daß erst die deutsche Kaisermacht politisch gedemütigt werden muß, ehe mit ihr verhandelt werden kann. Seine neue Parole heißt: Mögliche Einschränkung der monarchischen Gewalt, Abschaffung ihrer militärischen Souveränität, Beseitigung oder Einschränkung ihrer Macht in den Hauptentscheidungen der äußeren Politik. Dann erst, wenn diese Demütigung der Krone stattgefunden hat, kann die Arbeiterschaft über Meer und Flotte „mit sich reden lassen“.

Daß eine solche Auffassung der natürlichen Arbeiterstimme entspricht, bestreite ich nicht, aber ich bestreite, daß pflichtbewusste Arbeiterführer sie haben dürfen. Damit gebe ich mit Absicht den moralischen Vorwurf Maurenbrechers an ihn zurück. Eine Einschränkung der politischen Demütigung des Kaiserthums in die politische Rechnung des Proletariats bedeutet, wie jeder Geschichtskundige weiß, unter allen Umständen die Revolution im strengsten politischen Sinne des Wortes. Daß ich die Revolution nicht unter allen Umständen für sittlich verwerflich halte, ist in „Demokratie und Kaiserthum“ näher begründet. Darum dreht es sich nicht, sondern darum, daß diese Revolution völlig ausrichtlos ist und daß ihre Einteilung in den politischen Gedankengang des Proletariats eine unberechenbar große Schädigung der Arbeiterklasse ist, die sich auf diese Weise den Monarchen und die Monarchie absolut verfeindet und in die Arme ihrer entschloffenen Gegner geradezu hineinbringt. Die Parole Maurenbrechers ist nur dann berechtigt, wenn man an einen möglichen

Sieg einer proletarischen Revolution glaubt, durch den das Kaiserthum gezwungen werden kann, seine wesentlichsten politischen Vorrechte aufzugeben. Wer, wie ich, nicht an den Sieg dieser Revolution glaubt, für den ist es moralisch geboten, den Arbeitern zu sagen, daß sie unbeschadet ihres theoretischen Protestes praktisch mit der Monarchie rechnen müssen wie sie ist.

Herr Naumann übersieht, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats immer größer wird und daß neun Zehntel aller Soldaten dem Proletariat entstammen. Wir führen unsern Kampf mit gesetzlichen Mitteln, werden aber die äußersten Konsequenzen ziehen, wenn die alte kapitalistische Gesellschafts- und Staatsordnung verfassungswidrig auch für den Fall aufrecht erhalten werden sollte, daß eine sozialdemokratische Mehrheit den Reichshaushaltsetat nicht bewilligt.

— **In der Eisengießerei von C. L. Strube** ist schon wieder ein Unfall zu verzeichnen. Am Dienstag abend 10 1/2 Uhr verbrannte sich der Former Richard Naumann beim Gießen das rechte Auge, so daß er eine längere Zeit erwerbsunfähig bleiben wird. Bei dieser Gelegenheit muß einmal ganz energisch auf die Unsitte hingewiesen werden, daß in einigen Gießereien es zur Norm geworden ist, um 8, 9 Uhr und noch später zu gießen, obgleich es technisch wohl durchführbar ist, daß eine reguläre Arbeitszeit eingehalten wird. Ist es doch vorgekommen, daß Former über Mitternacht hinaus arbeiten mußten und das bei ganz mangelhafter Beleuchtung! Die letztere ist ja auch bei obigem Unfall die Hauptursache. Hundert man sich bei solcher Wirtschaft noch über Unfälle! Sie sind die natürliche Folge.

Seitens der Werkstatteleitung wird eingewendet, die Arbeit sei eilig. Das mag zutreffen, aber die Gießerei würde bei normaler Arbeitszeit ebenso weit kommen, da erstens der Guß noch längere Zeit umherliegt und zweitens durch den jetzt häufigen Ausfluß eine schnellere Fertigstellung kaum möglich ist. Vor allen Dingen darf diese schnellere Produktion nicht auf Kosten der Knochen der Former und Gießereiarbeiter geschehen!

Zum Unfall Ostermann wollen wir noch bemerken, daß eine Revision der Kräne in der Gießerei seit langer Zeit nicht stattgefunden hat. Wenn dem Gewerbeinspektor das Gegenteil gesagt worden ist, dann war das eine „Not“-Lüge. Bedauerlich ist, daß erst ein solcher Unglücksfall die Veranlassung zur Instandsetzung der Kräne sein mußte. Hoffentlich werden aber nun auch alle drei einer gründlichen Kur unterworfen.

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau)

Frankfurt a. M., 17. September. Gestern abend sollte im „Dippoldrom“ zum ersten Male in Deutschland die gemeinsame Schleißenfahrt mit dem Landem von einem Herrn und einer Dame unternommen werden. Als das Rad mit dem Künstlerpaar die Riefe der Schleife passierte hatte, erfolgte plötzlich ein Krachen, ein polterndes Aufschlagen und am Boden des Ringes lag unter dem Fahrer und dem Landem die Begleiterin. Aus einer Höhe von wenig mehr als 2 Meter waren sie abgestürzt. Der Artist vermochte sich sofort wieder zu erheben, während die Dame bewußtlos war. Dem Publikum hatte sich ein jähes Entsetzen bemächtigt. Die Verletzungen der beiden unscheinend nur unbedeutend.

Belgrad, 17. September. Das Kriegsgericht gegen die verhafteten Offiziere tritt morgen zusammen. — Wie aus Risch gemeldet wird, wurde dort der abgekehrte General Jankowitsch, als er sich abends vom Kasino nach Hause begeben wollte, von einem Individuum, welches der General als einen in Zivil gekleideten Gendarmen erkannte, mit dem Messer angegriffen. Infolge eines wichtigen Stockhiebess seitens des Generals ließ der Attentäter das Messer fallen und entfloh.

Paris, 17. September. Der bretonische Abgeordnete du Roscoat hat den Kabinettschef benachrichtigt, daß er ihn nach Wieberzukommenritt der Kammer wegen der Vorgänge bei der Einweihung des Renan-Denkmalers interpellieren werde.

Breslau, 17. September. (Fig. Drahtber.) Auf dem Dominium Oberjohau bei Gurau wurden von 9 jugendlichen polnischen Arbeitern 7 durch Kohlenoxydgase vergiftet. Zwei, welche noch Lebenszeichen von sich gaben, wurden in das Krankenhaus gebracht.

Marseille, 17. September. (Fig. Drahtber.) Die Lage des gestrandeten Dampfers „Polynesien“ hat sich infolge Reifens der Unterseite kritischer gestaltet. Das Fahrzeug, welches seiner Masten beraubt ist, dürfte verloren sein.

Paris, 17. September. (Fig. Drahtber.) Der „Temps“ dementiert die Nachricht, daß der Unterrichtsminister sich in einer öffentlichen Rede von der Politik des jetzigen Ministeriums loszusagen beabsichtige.

Vereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 19. September, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“; Branche der Schmiede und Kesselschmiede im der „Bürgerhalle“, Knochenhauerstraße 27/28. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Verband städtischer Arbeiter. Sonnabend den 19. Septbr., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Alb. Sater, Knochenhauerstraße 27-28.

Lehrverein „Vorwärts“. Die Mitglieder seien hierdurch nochmals auf das am Sonnabend den 19. September im „Luisenpark“ stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht. Um rege Beteiligung wird erjucht. Gäste herzlich willkommen.

Brantschleier u. Kränze

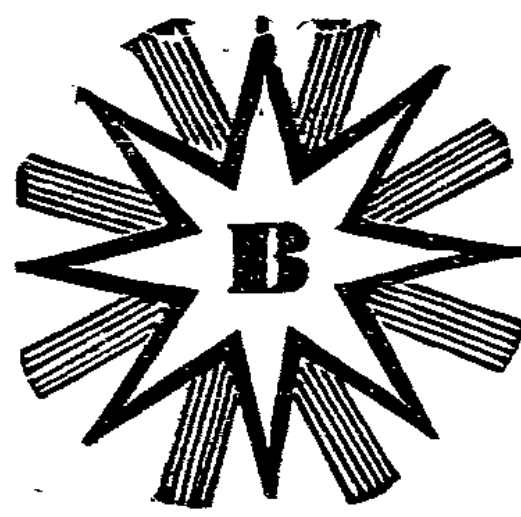
in grösster Auswahl zu billigsten Preisen

Lange & Münzer

Myrtenkranze, Silberkränze, Goldkränze

Breitweg 51a

Warenhaus Gebr. Barasch



Freitag den 18. September
Sonnabend den 19. September
Sonntag den 20. September
Montag den 21. September

4 spottbillige Kurzwaren-Tage

Sämtliche Waren nur im Einzel-Verkauf und soweit Vorrat.

Maschinengarn 1000 Yards Obergarn große Rolle 19 Pf.	Maschinengarn 1000 Yards Untergarn große Rolle 10 Pf.	
Wohairschuß gute Qualität Meter 2 Pf.	Maschinengarn 200 Yards kleine Rolle 2 Pf.	Wohairschuß prima Qualität, schwarz Meter 4 Pf.
Nähnadeln mit Goldlöcher 3 Dutzend 1 Pf.	Feder-Krimmer Ein Posten schwarz, 5 cm breit Meter 15 Pf.	Lochenadeln 12 Paare 1 Pf.
Haarnadeln leicht 6 Paare 1 Pf.	ca. 25000 Mrk. Galons-Kunstseide in schwarz, weiß und farbig Meter 10 und 5 Pf.	Häfeladeln Stahl 6 Stück 1 Pf.
Blignadeln Stück 4 Pf.	ca. 60000 Mrk. Galons-Kunstseide in schwarz, weiß und farbig Dutzend 6 Pf.	Häfeladeln mit Holzgriff Stück 3 Pf.
Stricknadeln alle Größen 1 Pf.	Ein Posten Barasch Kraft-Wolle garantiert waschecht schwarz Pfund 2.50 Pf.	Beinhäfeladeln Stück 1 Pf.
Wannadeln 2 Stück 1 Pf.	ca. 600 Pfund Vigogne imitiert, in großem Farbensortiment Pfund 75 Pf.	Fingerhüte 50-60 cm lang 3 Paare 1 Pf.
Fingerhüte in Schwarz 3 Stück 1 Pf.	ca. 1200 Stück Posamenten-Ornaments schwarz Stück 10 Pf.	Fingerhüte Aluminium 2 Stück 1 Pf.
Ein Posten Strumpf-Wolle 16/5 fadig 1.00 Pf.	ca. 9000 Meter Krimmer- u. Plüschbesätze in verschied. Farben u. großem Farbensortiment 5 u. 2 Pf.	Hestgarn auf Kreuzspule Rolle 20 Gramm 3 Pf.
Bojennöpfe 12 Dutzend 3 Pf.	Hemdenknöpfe in Seiner, Größe 22-26 Dutzend 3 Pf.	Chappeseide schwarz und farbig 3 Dutzend 2 Pf.
Druckknöpfe Dutzend 5 und 3 Pf.	ca. 1200 Stück Gurtband schwarz, weiß und grau, Stück per 8 Meter 14 Pf.	Knopflochseide 12 Rollen 4 Pf.
Kragenknöpfe mit Besatz Dutzend 10 Pf.	Gardinenhalter weiß und creme Stück 9 und 3 Pf.	Schulzwirn schwarz und weiß Knäuel, 40 Meter 1 Pf.
Sontages Kantenschleife, weiß 10 Meter 3 Pf.	Schulzwickelband mit Gold durchwirkt, Stück p. 4 Meter 8 Pf.	Kleiderraffer Stück 8 Pf.
Sontages Kantenschleife 10 Meter 7 Pf.	Röperband breit, weiß und schwarz Stück p. 4 Meter 1 Pf.	Faillenband mit Ringen weiß und schwarz Meter 10 Pf.
Rüschengummiband gute Qualität für 1 Paar Strumpfbänder 15 Pf.		
Gummiband ganzhart, gute Qualität für 1 Paar Strumpfbänder 9 Pf.		
Möbelschnur alle Farben Meter 3 Pf.		

Unsere Verkaufsräume sind Sonntag den 20. September bis abends 7 Uhr geöffnet.

Provinz und Umgegend.

Burg, 17. September. (Welche Zeitung soll der Arbeiter lesen?) Wenn man bei der hiesigen Arbeiterschaft Umfrage danach hält, ob oder welche Zeitung in den einzelnen Familien gehalten wird, muß man die traurige Erfahrung machen, daß ein großer Teil der Arbeiter, eingebend des Wortes „Nur die allerdümmsten Kälber usw.“ noch das „Tageblatt“ oder gar die „Neuesten Nachrichten“ liest. Letzteres Blättchen, das ja nebenbei den „amtlichen“ Charakter hat und nach seiner eignen „Verpflichtung“ an die Redaktion der „Volksstimme“, mehr als 502 Abonnenten zu den feinen zählt, hat doch wohl in der Zeit der Reichstagswahl die Arbeitererschaft sowohl wie ihre Führer so mit Rot beworfen, in so freibewährter Weise das Ehrgefühl der Arbeiter als solche — und nicht nur einmal, sondern fortwährend — so tief verletzt, daß es eigentlich überflüssig sein sollte, auch nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß ein selbstbewußter Arbeiter es unter seiner Würde halten müsse, ein derartiges Blatt zu abonnieren. Das „Tageblatt“, welches im nationalliberalen Fahrwasser schwimmt und seinen Text größtenteils aus einer der bekannten Zeitungsartikelfabriken bezieht, ist wohl angetan, Großkaufleuten und Industriellen das zu bieten, was ein Blatt in einer Kleinstadt für sie bieten kann; für den Arbeiter aber gebührt sich eine andre Lektüre.

Die „Volksstimme“, sozialdemokratisches Organ für den gesamten Regierungsbezirk Magdeburg, ist die einzige Zeitung, welche über alle Vorkommnisse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete dem Arbeiter schnell und objektiv Bericht erstattet. Sie allein ist es, welche unerschrocken eintritt für die berechtigten Interessen der gesamten Arbeiterschaft; sie ist das geistige Band der Arbeiterbewegung des Regierungsbezirks Magdeburg. Unerschrocken, trotz aller Anfeindungen von gegnerischer Seite, trotz Verfolgungen und Bestrafungen ist sie geblieben was sie war und wird sie bleiben was sie ist: das Kampforgan der Sozialdemokratie, der Wegweiser, der uns zeigt den rechten Weg aus der Knechtschaft des Kapitals und der Lohnsklaverei.

Darum, Arbeiter von Burg! hinaus mit den bürgerlichen Blättern aus eurer Wohnung und abonniert die „Volksstimme“. Ihr allein gebührt es, von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gelesen zu werden. — Abonnements nimmt gern entgegen der Kolporteur Hermann Pohlmann, Kleiner Hof 6. —

Burg, 17. September. (Vollfrage.) Seit längerer Zeit schon stehen der Arbeiterschaft Burgs drei größere Lokale zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Bedauerlich ist nur, daß der Sonntagsbesuch in diesen Lokalen viel zu wünschen übrig läßt. Im Gegenteil; ein großer Teil der Arbeiter besetzt in den Lokalen, deren Inhaber trotz verschiedener Anfragen unverschieden die Erklärung abgaben, daß sie es nicht nötig hätten, uns ihre Lokale zu Versammlungen herzugeben. „Sonntags kämen die Arbeiter ja doch!“ Leider stimmt das zum größten Teil. Nun zeigt diesen Wirten, daß es euch Ernst ist mit der Vollfrage, daß ihr gewillt seid, nur dort zu verkehren, wo man euch auch gestattet, eure Besprechungen über das Wohl und Wehe eurer Familien und eurer selbst abzuhalten. Der Wirt des „Wilhelms-“ welche sich auf

raus die Parwanwendung und vertritt dort, so auch immer gegen steht; dann wird auch bald die Zeit kommen, wo sämtliche Lokale für uns frei sind, wie sich's in einer Industriestadt wie Burg ziemt. —

Burg, 17. September. (Eine öffentliche Volksversammlung) tagte am Dienstag abend im „Schützenhaus“. Trotz des strömenden Regens hatten sich weit über 500 Personen eingefunden, um den Vortrag des erst kürzlich in die preussische „Freiheit“ zurückgekehrten Reichstagskandidaten Voigt-Gommern anzuhören. Genosse Voigt beleuchtete in ausführlichem, 1½ stündigem Vortrage noch einmal die Machenschaften der bürgerlichen, speziell der freiwirtschaftlichen Partei bei der letzten Reichstagswahl und kam zu dem Fazit, daß die Sozialdemokratie bei späteren Wahlen nur einzig und allein auf sich selbst angewiesen sei. Redner zerpflückte die Aufforderung der „Hans-

Nach.“ — jenes Blattes, welches dem Fürsten Bismarck sehr nahe steht, der durch so zweifelhafte Wahlmännchen zu seinem Mandat gelangt ist — an die Regierung, durch einen Staatsreich dem arbeitenden Volke das Wahlrecht zu nehmen, sowie die Giesebrechtschen Vorschläge zur Abänderung des Wahlrechts.

Es wird nur dann möglich sein, im Kreise Jerichow bei der nächsten Reichstagswahl dem Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen, wenn jeder einzelne Genosse in der Agitation, hauptsächlich auf dem Lande, seinen Mann steht und wenn ein jeder, der bei der letzten Wahl für den Kandidaten der Sozialdemokratie votierte, auch Abonnent seines Parteiblattes, der „Volksstimme“, wird, die Aufklärung und Belehrung für jedermann verbreitet. Die Versammlung hatte den schönen Erfolg, daß 32 Genossen sich in den Sozialdemokratischen Wahlverein aufnehmen ließen. —

Burg, 16. September. (Totzuschweigen) versucht das hiesige „Tagebl.“ etwas, was augenblicklich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt: den sozialdemokratischen Parteitag nämlich. Nicht mit einer Silbe erwähnt das Blatt denselben. Es zeugt von der Kindsköpfigkeit eines politischen Säuglings, daß man sich einbildet, auf diese Weise die Dreimilchenspartei „abzutun“. Auch das gehässige Würstchen in Posten und Burcheide bringt Berichte über die Heerchau der größten und mächtigsten deutschen Partei. Einzig und allein dem „Tagebl.“ blieb es vorbehalten, das, was Millionen von Deutschen interessiert, „seinen“ Lesern zu unterlagern! Leider wird dieses Blatt sogar — man sollte es nicht für möglich halten! — noch in Arbeiterkreisen gelesen. Wie lange noch? —

Burg, 16. September. (Bei der Straßenregulierung auf der Magdeburger Chaussee) sind die Arbeiter des Bauunternehmers Herrn Waldmann gezwungen, in den ausliegenden Häusern Schutz gegen eventuell eintretenden Regen zu suchen. Es ist dies sowohl fatal für die Schutzhütenden wie für die Haus-eigentümer selbst. Wir meinen, daß es für Herrn Waldmann ein kleines wäre, eine Haubude, wie sie vom Geseß vorge-schrieben, zu errichten, damit es seinen Arbeitern wenigstens mög-lich ist, ihr Frühstüd im Trocknen zu verzehren und ohne zu bitten Schutz gegen Regen zu finden, und wir glauben auch, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um Herrn W. zu veranlassen, in dieser Sache Abhilfe zu schaffen. —

Burg, 17. September. („Bidard“ genannt „Fehér“, der größte deutsche Räuberhauptmann des 19. Jahrhunderts.) diese neueste Ausgeburt moderner Hinter-treppensliteratur wird jetzt von lichtreichen Kolporturen den Ar-beiterfrauen hauptsächlich in Abwesenheit ihrer Männer in allen Variationen zum Studium empfohlen. Kaum sind die Abend-einzelnen länger geworden, um den Arbeitern mehr Zeit zum Lesen zu bieten, so werden dieselben und hauptsächlich deren Frauen mit der bereits angeführten oder ähnlichen, das menschliche Gehirn total verflummern, an die niedrigsten Instinkte appellierenden Literatur förmlich überhäuft. Und teilweise, ja leider noch zu oft, gelingt es den Prozentkolporturen gewisser Verlagsbuchhand-lungen, sich das Ohr unserer Frauen geneigt zu machen. Es gibt auf dem Gebiete der gesamten Literatur nichts elenderes, nichts die Natur des Menschen verderbenderes, als diese bereits angeführte Art von Romanen. Wir raten unsern Frauen und deren Kolporteur sich nicht rechtzeitig verdu-

zuerwerbende Art und Weise hinauszukomplimentieren. Zu ver-gamfriere Arbeiter bietet die Bibliothek des Gewer-lichafstarkteils unentgeltlich auch an guten Romanen genügend Stoff zur Lektüre, und wer daran seine Befriedigung nicht findet, der lese die Romane, welche in der „Volksstimme“ abgedruckt und empfohlen werden, die gleichzeitig berechtigt auf das Gemüt und den Geist des Menschen wirken. —

Cracau und Preker, 16. September. (Zur Beachtung für alle, die es angeht!) Es ist gewiß einzig dastehend in der Parteibewegung, daß in unmittelbarer Nähe einer Groß-stadt gelegene Ortlichkeiten wie Cracau und Preker mit einer so beträchtlichen Anzahl von Arbeitern in so verhältnismäßig geringer Zahl politisch organisiert sind. Wenn man noch dazu in Betracht

zieht, daß der größte Teil der Arbeiter in Magdeburg beschäftigt ist, so möchte man fast glauben, die Magdeburger Arbeitskollegen tun hier nicht genug in der Agitation. In weitestgelegenen kleineren Ortlichkeiten, wo die Arbeiter sich und den Rücken der Gegner viel mehr überlassen sind, treffen sich dieselben ab und zu einmal zu einer Aussprache zusammen, aber hier ist es den Arbeitern durch ihre Laune nicht möglich, einmal eine Versammlung abzuhalten und zu Gemeinde-, Schul- und politischen Fragen Stellung zu nehmen, wozu sie wahrhaftig berechtigter wären, als die paar Wohlhabenden. Wenn es anscheinend mit dem Erhalten eines Saales auch schwer hält, so wäre bei einigem guten Willen doch etwas zu erreichen.

Vor allem darf den Lodungen der Wirtin der „Schweizer-halle“ nicht eher Folge geleistet werden zum Besuche des Lokals, als bis klipp und klar die Freizuge deselben zu politischen Ver-sammlungen erklärt ist. Ein Hauptgrund zu dem mangelhaften Zusammenfluß mag ja größtenteils in der auseinandergezogenen Lage des Dorfes Cracau und daß die Industrie schwach vertreten ist, liegen. Würden aber die Arbeiter der Cracauer Brauerei und der Welfabrik von Hubbe nicht derart indifferent sein, so würde die Zahl der Mitglieder des Sozialdemokratischen Ver-eins eine stattlichere sein. Ganz besonders hätten die Hubbeschen Arbeiter alle Ursache, sich aufzuraffen, denn ihrem durchweg krank-haften Aussehen nach müssen entweder in der Fabrik miserable sanitäre Verhältnisse herrschen oder die Arbeitszeit ist für eine der-artig schlecht bezahlte Arbeit viel zu lang. Gegen alle derartigen Missetände ist erst dann möglich anzukämpfen, wenn alle Arbeiter sich gewerkschaftlich und politisch zusammenschließen. Was will es bedeuten, wenn bei der Reichstagswahl 300 Stimmen für unsern Genossen Voigt abgegeben wurden, und dabei sind insgesamt nur 60 Genossen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins! Glaubt ihr mit der Abgabe des Stimmzettels eure politische Pflicht erfüllt zu haben? Wenn ihr euch damit zufrieden gebt, dann geht es euch in zehn Jahren noch schlechter wie heute. Tut deshalb mehr eure Pflicht als bisher, tretet dem Sozialdemokratischen Vere-in bei und werdet fleißige Leser der „Volksstimme“, dann wächst auch euer Selbstbewußtsein und die Kraft zur Schaffung besserer wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse. —

Gommern, 16. September. (Vom Wahlkampf.) Wenige Tage vor der Stichwahl fand in Ananies eine Versamm-lung der „Ordnungs“parteien statt, zu welcher sich auch einige unserer Parteigenossen aus Gommern eingefunden hatten. Hier fanden dieselben im Gespräch mit dem Steinbruchbesitzer und Orts-vorsteher Herrn Krakau aus Prekien Gelegenheit, dessen irrige Ansichten über die Unterstützung der im hiesigen Land-friedensbruchprozeß beurteilten Mitglieder des Maurerverbandes der Wahrheit gemäß richtig zu stellen. Der Herr Ortsvorsteher meinte nämlich, Voigt beläme 24 Mark pro Woche Unter-stützung, während andre bedeutend weniger und wieder andre gar nichts bekommen hätten. Dies traf natürlich nicht zu. Denn erzens haben alle im Landfriedensbruchprozeß beurteilten Mit-glieder des Maurerverbandes, während dem sie ihre Strafe ver-büßten, Unterstützung bekommen. Zum andern war der Unter-stützungssatz für alle Beteiligten gleich: Frau 10 Mark

angegebener Grundlage berechneten wöchentlichen Unterstützung erhielten — mit Aus-nahme Voigts — die Familien der andern Inhaftierten nach die volle Mitschuldigung. Dies sagten wir dem Herrn Krakau. Wie wir jetzt aber erfahren haben, hat der Herr Orts-vorsteher in einer am Tage vor der Stichwahl abgehaltenen Wählerversammlung der Ordnungsparteien zu Prekien trotz unserer ehrenwörtlich abgegebenen Richti-gstellung seine damaligen unabweisbaren Behauptun-gen wiederholt!!! In welchem Zwecke läßt sich denken. Kor-rekt ist es jedenfalls aber nicht. Sollte der Herr Steinbruchbesitzer und Ortsvorsteher Krakau-Prekien — der doch ein achtsamer Mann ist — in so kurzer Zeit unsere Richtigtstellung wirklich vergessen haben?? —

Genilleton.

Nachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Vlos. (47. Fortsetzung.)

In aller Stille kam auch Lolo wieder in die Residenz zurück und lebte wie früher, als wenn nichts geschehen wäre. Es gab keine Aufläufe vor ihrem Hause mehr und die Bürger rechneten es ihr hoch an, als sie hörten, daß sie auf den Fürsten eingewirkt habe, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Lolo selbst war es bei dieser Sache wohl haupt-sächlich darum zu tun gewesen, wieder in die Residenz zu kommen, denn ein längerer Landaufenthalt war nicht nach ihrem Geschmack.

Der Adel war während über Volos Rückkehr und laurerte nur auf eine Gelegenheit, von neuem die Waffen gegen sie aufzuheben, während Lolo sich entschlossen hatte, den Adel ihre Macht fühlen zu lassen. Man sah sie häufig mit einer gewaltigen dänischen Dogge ausgehen, die sehr sorgfältig dreiffert war. Ihre Reitpeitsche ließ Lolo zu Hause, um nie-mand zu reizen, denn im Volke erzählte man sich oft noch, wie sie dem Bauer Hartmann einen roten Striemen ins Ge-sicht gezeichnet hatte.

Eines Tages saß Lolo sinnend auf einer Bank in dem kleinen Gehölz, das sich vor der Stadt hinzieht — da stau-den plötzlich zwei Fräulein vor ihr, die von einem sich etwas fernab haltenden Lakaien begleitet waren. Es waren ein Fräulein von Kuhhorn, die Tochter des früheren Ministers, und ein Fräulein von Landschaden, die Tochter des Ober-stallmeisters. Sie stellten sich hämisch lächelnd vor Lolo auf und Fräulein von Kuhhorn betrachtete sie durch eine Dorg-nette.

„Was wollen Sie?“ frug Lolo, gereizt aufspringend. Fräulein von Kuhhorn sah ihren Bedienten herbeistellen und sich auf dessen robuste Fäuste verlassend, sagte sie: „Wir wollten sehen, wie eine Dichte aussieht.“ „Sultan!“ schrie Lolo und die mächtige Dogge, die sich unbemerkt im Gehölz herumtrieb, kam in weiten Sprüngen herbei.

„Faß die Aristokraten!“ gebot Lolo. Der Lakai riß hilfslos aus, die Damen versuchten, ihm zu folgen, aber die Dogge faßte zuerst Fräulein Kuhhorn und riß ihr die Ober- und Unterkleider ab, so daß die blaublütige Dame ungefähr in der Art entblößt dastand, wie man im Mittel-alter Frauen, die sich gegen die Sittengesetze vergingen, mit „gefürzten Höfen“ durch die Stadt zu treiben pflegte. Auch das Kleidungsstück, das dem Leib am nächsten ist, hatten die scharren Zähne des Hundes zerrissen, doch ohne daß die Dame auch nur die geringste Verletzung dabei erlitt. Sie stieß ein schreckliches Jammergeschrei aus, während sich die Dogge auf das Fräulein von Landschaden stürzte und diese in gleicher Weise zerriss. Von dem obengedachten Lolo verfolgt, rannten die beiden Damen wie stammlos der Stadt zu, wo sich alsbald die Straßenjugend an ihre Fersen heftete und sie mit ungeheurem Gallo verfolgte. Ein unabsehbarer Straßenauflauf entstand, und die hochadligen Fräulein mußten einmal erleben, wie verhaßt sie beim Volke waren, denn niemand zeigte Mitleid mit ihnen. Alles löhnte, höhnte, pöbelte und gröhlte hinter ihnen her. Salbtot vor Angst und Beschämung langten die beiden Fräulein endlich im Hause des Herrn von Landschaden an und entzogen ihre Blöße den Blicken ihrer Verfolger.

Die Bürger gönnten dem Adel den Schabernack, den ihm Lolo geviekt. In der Stadt herrschte große Beifertigkeit ob des Vorfalles, denn in politischen erregten Zeiten pflegt man gegen Damen weniger zartfühlend zu sein, als sonst. Thiel brachte in seinem Blatt ein lustiges Gedicht, das den Vorfall schilderte, und jedermann, außer dem Adel, antizipierte sich da-ran; Lolo gewann sogar etwas Popularität durch diese Affäre.

Der Fürst war anfangs ungehalten, denn ihm ging die Sache zu weit, so sehr er auch mit den Adelsfamilien ver-feindet war.

„Tolle Streiche!“ sprach er. „Wenn nun Dogge Fräu-lein gebissen —“

„Das ist's ja gerade,“ sprach Lolo. „Statt mich zu tadeln, sollten Durchlaucht die Kunst anerkennen, mit der ich meinen Sultan dreiffert habe. Daß's ihm besonders eingepaukt, wie man die Kleider abreißt, ohne zu beißen!“

Da mußte auch Erich lachen.

„Absonderliches Frauenzimmer!“ sprach er. „Auf was wird Sie noch verfallen!“

17. Kapitel.

Diktator Thiel.

Die Weltgeschichte geht ihren einmal gewiesenen Weg und läßt sich dabei von geistreichen Längertinnen so wenig auf-halten, wie von großen Staatsmännern. Auch Volos Wit-reichte nicht aus, die verschmundene Herrlichkeit von Erichs des Neunundneunzigsten Selbstherrschertum in neuer Form wiederherzustellen. Als es in Frankfurt zur Wahl eines Reichsverweisers kam, da wählte die Versammlung in der Paulskirche nicht Erich, sondern den Erzherzog von Oester-reich.

Das war ein schwerer Schlag für Erich; der Kaisertraum schwand dahin.

Er gröhlte mit sich und mit dem Schicksal; auch mit Lolo wollte er gröhlen, als sie trällernd zu ihm in sein Kabinett gehüpft kam.

„Der lederne Johann gewählt!“ stieß er grimmig hervor.

„Zuletzt dachte ich mir das,“ sagte sie, eifrig den Fächer handhabend.

„Sooooo!“ brummte er, „gleich von Anfang nicht an meinen Stern geglaubt!“

„Ach was, Stern!“ meinte Lolo. „Als ich von Johanns Bewerbung hörte, dachte ich gleich, daß sie gefährlich sei.“

„Nimmer mein Prinzip gewesen, mein Volk glücklich zu machen!“

Sie sah ihn mit einem unbeschreiblichen Blick an.

„Daher der Name Prinzipienreiter!“ lachte sie. „Gewiß fallen Sie noch einmal unanft von diesem Gaul herunter.“

„Johann etwa volksbeliebter als ich?“ frug er zweifelnd. „Merding's!“

Der Fürst runzelte die Stirn.

„Er hat eine Bürgerliche geheiratet, und diese große Tat hat ihn bei dem deutschen Bürgertum beliebt gemacht!“

„Sui!“

„Wären Sie das auch getan!“

„Unfinn! Unfinn!“

(Fortsetzung folgt.)

+ Gommern, 17. September. (Wie man mit armen Leuten umspringt.) Ein Beispiel geradzu standalöser Bürokratie wird uns von hier in folgendem berichtet: Ein hiesiger bejahrter invalider Arbeiter erhält infolge eines Unfalles von der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft eine Monatsrente von etwas über 8 Mark. Die Rente gelangt durch die hiesige Postanstalt zur Auszahlung unter Benutzung einer vom Empfänger eigenhändig unterschriebenen und von der hiesigen Polizeiverwaltung bescheinigten Rentenquittung. Einige Male war es dem in Rede stehenden Rentenempfänger schon vorgekommen, daß er vom Postamt abgewiesen wurde, da die Quittung seitens der Polizeiverwaltung nicht den Vorschriften gemäß ausgefüllt war; erst wenn diese den Mangel beseitigt, erhielt er sein Geld.

Als der bejahrte Mann die Rente für den Monat September abheben wollte, wurde seine vorgelegte Rentenquittung wieder als von der Polizeiverwaltung mangelhaft ausgefüllt beanstandet und ihm aufgegeben, das ändern zu lassen. Der nur mit Anstrengung sich fortbewegende 69 jährige Greis mußte sich wieder zur Polizeiverwaltung bemühen und um vorchriftsmäßige Ausfüllung der Rentenquittung bitten. Vom Bürgermeister wurde ihm hier kurz bedeutet, daß an der Quittung kein Federstrich mehr gemacht werde!

Nach Ueberbringung dieser Antwort beim Postamt wurde ihm hier nun die Auszahlung der Rente verweigert! Der arme Mann wandte sich nun an seine Freunde. Die beanstandete Rentenquittung wurde unter Schilberung des Sachverhalts an die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft geschickt mit der Bitte, die Sache zu regeln. Von hier erhielt er folgende Antwort:

Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, Sektion VI.

Nr. 9388.

Halle, 10. September 1903.

Gommern.

Zu Befehl Ihrer Eingabe vom 8. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß die uns eingehende Quittung natürlich mangelhaft bescheinigt ist. Die Polizeiverwaltung hätte sich die Anmerkungen auf der Rückseite durchlesen müssen, dann würde sie gefunden haben, weshalb die Quittung von der Postverwaltung beanstandet worden ist. Wir geben Ihnen daher die Quittung wieder zurück und wollen Sie von der Polizeiverwaltung noch das betreffende Form (das ...) und die drei letzten Zeilen durchstreichen lassen; damit ist die Quittung in Ordnung und wird daraufhin die Rente gezahlt werden.

Der Vorstand

der Steinbruchsberufsgenossenschaft, Sektion VI.
Kästerlein.

Also wegen des Fehlens weniger Striche mußte der alte Mann mehrere anläufe, ihm schwer fallende Wege gehen und auf die Auszahlung seiner Rente länger warten! Obendrein hatte er noch Geldausgaben für den Brief an die Berufsgenossenschaft! Und das alles

nur darum, weil sich die hiesige Polizeiverwaltung weigerte, einige lumpige Federstriche zu machen!

Es ist wirklich unerhört, daß ein armer alterschwacher Mann die Streitigkeiten zweier Behörden auf eigene Kosten zum Austrag zu bringen gezwungen ist, wenn er, wie in diesem Falle, seine gesundheitlich erwartete, jhmale Rente abheben will. — Uebrigens für einen erwerbsunfähigen Greis zählt jeder Pfennig, und die Polizeiverwaltung sollte, da durch ihr Verschulden dem Rentenempfänger mühselige Unkosten erwachsen sind, dieselben zurückzahlen. Voraussichtlich wird ja nun derartige sich nicht wieder vorfinden! —

+ Gommern, 16. September. (Hamsterplage.) Von der hiesigen Polizeibehörde ist mit Rücksicht auf die in letzter Zeit massenhaft auftretenden Hamster eine umfangreiche Vertilgung derselben angeordnet worden. Durch Ausgraben, Ausräuchern oder Ausgießen der Löcher mit Wasser (Witzjante soll noch besser sein) hofft man, die Hamsterplage zu beseitigen. Zu diesem Zwecke Giftstoffe zu verwenden, bedarf der polizeilichen Erlaubnis. —

Vermischte Nachrichten.

* Gegen das Kurpfuschertum. Auf dem in Köln tagenden deutschen Arztetage empfahl bei dem Bericht der Kommission zur Bekämpfung der Kurpfuscherei Dr. Beder-München die Unterstützung der neugegründeten Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums. Dr. Kormann-Leipzig stellt den Antrag: Der Geschäftsausschuß des Ärztevereinsbundes wird beauftragt, unter Zugiehung eines juristischen Beirates bei Bundesrat und Reichstag den Antrag zu stellen, bei der bevorstehenden Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb Bestimmungen einzufügen, welche den unlauteren Wettbewerb auf ärztlichen Gebiete betreffen. Der Antragsteller weist bei der Begründung dieses Antrages darauf hin, daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb den Ärzten im Kampfe gegen das Kurpfuschertum noch die besten Dienste geleistet habe, obgleich bei Einführung des Gesetzes man gar nicht daran gedacht habe, daß es gegen die Kurpfuscherei angewendet werden könne. Der Antrag wird vom Arztetage einstimmig angenommen. —

* Eine tragikomische Diätengeschichte wird dem Berliner Tageblatt aus Kanada berichtet: Der kanadische Finanzminister und der Staatszahlmeister zanken sich über

eine Kompetenzfrage. Letzterer streift infolgedessen mit den Auszahlungen von Staatsgeldern, und die kanadischen Abgeordneten, die ihre Diäten verlangten, mußten unrichtiger Sache abziehen. Die Abgeordneten sind zum Teil nicht imstande, ihre Hotelrechnung zu bezahlen, und selbstverständlich sehr wütend. Sie tragen sich mit dem Gedanken, schleunigst ein Sondergesetz behufs Auszahlung der Diäten zu erlassen.

Die Kanadier sollten sich ein Muster an den braven deutschen Reichstagsabgeordneten nehmen. Die bekommen gar keine Diäten und bezahlen ihre Hotelrechnungen dennoch prompt und pünktlich. —

* Ein bedeutender Münzenfund in Schweden.

In dem Dorfe Stige, Gemeinde Jndal in Nordschweden, ist vor einigen Tagen von dem Bauernsohn S. A. Norman ein großer und äußerst interessanter Münzenfund gemacht worden. Es sind allein etwa 3000 Silbermünzen ans Licht gefördert. Eine große Zahl der Münzen ist altenglischen Ursprungs und stammt aus der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts, manche sind in späterer Zeit hergestellt worden. Ferner fand man byzantinische Münzen aus dem Mittelalter, ferner Stücke aus den Regierungsjahren der deutsch-römischen Kaiser Otto I., II. und III. von 936 bis 1002. Außerdem enthält der Fund noch eine große Anzahl Münzen des alten römischen Reiches, Münzen arabischen Ursprungs, Stücke mit gotischen und angelsächsischen Kennzeichen, viereckige Exemplare, die durch die vollendete Ausführung auf das alte Iran oder Hindostan hinweisen usw. Endlich finden sich Stangen und Platten, von denen augenscheinlich als Zahlungsmittel geltende Stücke abgehauen worden sind, sowie die entsprechenden losen Stücke. Der ganze Fund ist einzuweisen von der Ortsbehörde in Verwahrung genommen. —

Weiteres.

Unter serbischen Offizieren. Petrowitsch: Ach — Kamerad — neue Medaille? Auf welchem Schlachtfeld geholt? — Repowitsch: Ne — — Konak! — Petrowitsch: Wa! Verdienste um Königshaus! —

Burg **Jacobstraße 5** **Burg.**
Bringe meinen der Krone entsprechend eingerichteten
Herrn- und Damen-Frisier-Salon
in empfehlende Erinnerung.
Damen-Frisieren in und außer dem Hause, Schamponieren
(Reparaturen).
Societät-Salons von allen Größen, Säulen, Schminken, sowie
große Auswahl in Hülsen, Drechern, Knoten, Scheiteln, Puppen-
Reparaturen. Spezialität: Haararbeiten, unentgeltlich für moderne
Friseur und zur Schöpfung der eigenen Haare. Kein Luthieren
nötig. Reparaturen, Färben und Ausarbeiten getragener
Haararbeiten schnell und billig.
Abmessungen zum Rasieren und Haarschneiden in und außer
dem Hause werden genau entgegen genommen. Prompte Bedienung.
— kein schmerzhaftes —
60 **Emil Bittkau**, Friseurmeister für Herren und Damen,
Spezial-Schiff für Haararbeiten

Burg **Jacobstraße 5** **Burg.**
Burg **Markt 13** **Burg.**
Heinrich Reinecke
empfehl ich mich fortwährend Lager in
Schuhen und Stiefeln
zu billigen, durch jeden Preis.
Reparaturen schnell und billig.

Gommern.
Wegen Geschäftsveränderung
verleihe ich einen großen Bestand
Möbel, Spiegel und Polsterwaren aller Art
Herren- und Knabengarderobe, Schuh- und Filz-
waren, Schnitt-, Woll- und Kurzwaren
in billigen Preisen.
662 **Marie Zippel**, Salzstraße 7.

Gommern **Salzstraße 11** **Gommern.**
Carl Voigt, Zigarrengeschäft.
Lager mit reich assortiertes Lager aller Sorten Zigarren,
Zigaretten und Tabak in empfehlende Erinnerung.
Schreibutensilien, Gratulationskarten.
Gommern.
Kunsthandlung aller in den Provinzen, Kolonialwaren,
Kunststoffe, Seife, Spielzeug, Kaffee, Tee, Zucker, etc.
empfehl.
672 **O. Friedrich, Gommern, Salzstraße 70.**

Achtung! Gommern Achtung!
Nr. 65, Salzstraße Nr. 65.
Unterzeichneter empfiehlt seine
Reparatur-Werkstatt für Schuhwaren
aller Art
Herren-Schuhe und Abätze 2.50 Mk., dieselben
gründlich 2.75 Mk., Damen-Schuhe und Abätze
1.75 Mk., Mädchen- und Knaben-Schuhe billig.
Reparaturen nach Maß schnell, sauber und billig.
682 **Hermann Müller.**

Warenhaus E. Luther
— Hauptgeschäft — **Gommern** — Zweiggeschäft —
Breitestr. 56 **Breitestr. 34**
Billigste Bezugsquelle
für
Herrn-, Knaben- u. Arbeiter-Garderobe
Grösste Auswahl! — Tadelloser Sitz!
Billigste Preise!

Burg. **Burg.**
Turnverein „Friesen“
II. Abteilung der „Freien Turnerschaft“ Burg.
Sonabend den 19. September 1903, abends 8 Uhr
Feier des 16. Stiftungsfestes
bestehend in
Konzert, Turnen, humoristischen Aufführungen und Ball
im „Grand Salon“.
Neu! **Vollständiger in Marmorgruppen!** Neu!
Programme à 25 Pfennig sind zu haben bei Karl Wegener, Zerbsterstr. 15, R. Sieber!
Burgstr. in Heine Reinecke, Markt, und im Vereinslokal.

Gommern.
Fleischerei Friedrich Röpenak
Nr. 14 Salzstraße Nr. 14.
Empfehle alle Sorten
Wurst- und Fleischwaren.
Jeden Sonntag: Pöselfleisch. — Versand nach außerhalb.

Hugo Mestchen
Glaszermeister
671
Gommern, Breitestraße 55
hält sich dem geschätzten Publikum
besonders empfohlen.
Spiegel in allen Größen halte fortwährend
auf Lager. Zeitigung gekannt.

Burg **Burg**
Freische Wurst
Sonnabend und Sonntag:
Kaschlauchwurst.
Karl Jesse, Holzstraße
Grüßkaffee von 50 Pf. an
unverändert die
Kuchhandl. Volkskammer
Staudesamt.
Magdeburg, 16. September.
Aufgehoben: Fritschner mit Wilh.
Friedrich geb. Deubrecht, Bergarbeit.
Willy Kaul mit Emma Große.
Gerzlerfergeant der 3. Kompanie
der 1. Torpedobatterie Richard
Hengemann in Kiel mit Anna
Hartmann hier.
Geburten: S. des Arbeiters
Gustav Fischer, S. des Lokomotivführers
Karl Sporreiter, S. des Arbeiters
Wilhelm Köpfer, S. des Fabrik-
arbeiters Franz Bed.
Todesfälle: Ehefrau Luise
Schulz geb. Müller, 76 J. 3 W.
27 J.

Salzke.
Vom 1. bis 15. September.
Aufgehoben: Schneidermeister
Werner Otte in Magdeburg-Buckau
mit Anna Holze in Fernersleben.
Arbeiter Anton Wiederholt mit
Joseph Müller in Salzke. Arb.
Wilhelm Böhm in Prester mit Anna
Friedrich in Salzke. Tischl. Hermann
Gardt mit Ottilie Binus in Salzke.
Eheschließung: Arb. Wilh.
Meißner mit Marie Herrmann in
Fernersleben.
Geburten: Elisabeth „Lotte“,
T. des Schlossers in
Salzke. Anna J. ...
Klempner Emil Klingenberg in Fernersleben.
Eustach Wilhelm Richard May, S.
des Verwalt.-Beamten Max Mebes
in Salzke. Hildegard, T. des Lager-
halters Alb. Wehge in Fernersleben.
Gertrud, T. des Oberlehrers
Dr. Heinrich in Fernersleben.
Else, T. des Arb. Roman Bont in
Salzke. Klara Emma Anna, T.
des Malermeisters Hermann Holz-
appel in Fernersleben.
Todesfälle: Gertrud, T. des
Arb. Gustav Goffow in Fernersleben,
10 W. 1 J. Erich, S. des
Arb. Jos. Jacobel in Fernersleben,
4 W. 23 J. Otto Karl, S. des
Arbeiters Karl Vertram in Salzke,
5 W. 18 J. Gertrud Luise Emma,
T. des Arb. Wilhelm Wipfel in
Fernersleben, 2 W. 16 J. Elli
Marie, T. des Drechers Gust. Noje
in Salzke, 3 W. 25 J. Agnes
Ema Charlotte, T. des Lackierers
Alb. Büchel in Fernersleben, 1 W.
11 J. Martha, T. des Arb. Alb.
Germer in Salzke, 1 W. 1 J.
Ww. Amalie Schimmeyer geb. Mon-
tag in Fernersleben, 76 J. 11 W.
15 J. Max, S. des Schloss. Alb.
Wilsch in Fernersleben, 7 W.
5 J. Luise, unehelich, in Ferners-
leben, 5 W. 10 J.
Mischerleben.
Aufgehoben: Schneidermeister
Friedrich Wille mit Witwe Klara
Friedrich geb. Deubrecht, Bergarbeit.
Willy Kaul mit Emma Große.
Gerzlerfergeant der 3. Kompanie
der 1. Torpedobatterie Richard
Hengemann in Kiel mit Anna
Hartmann hier.
Geburten: S. des Arbeiters
Gustav Fischer, S. des Lokomotivführers
Karl Sporreiter, S. des Arbeiters
Wilhelm Köpfer, S. des Fabrik-
arbeiters Franz Bed.
Todesfälle: Ehefrau Luise
Schulz geb. Müller, 76 J. 3 W.
27 J.
Burg, 16. September.
Aufgehoben: Dachdecker Willi
Mattisch mit Elise Christiane
Sophie Margarete Hünmer, Hand-
schuhmacher Otto Ernst Raabe mit
Lucie Auguste Weisenberg.
Geburten: S. des Brauers Ernst
Seewitz.
Todesfälle: 11. Weigert-Friedrich
Friedrich, 30 J.
Schönebeck.
Aufgehoben: Bahnarbeiter Otto
Mittler mit Elise Hagefeld.
Geburten: Ernst, S. des Lehrers
Franz Reifmann.
Todesfälle: Alfred, S. des
Arbeiters Friedrich Palm, 3 W.
23 J. Franz, S. des Schuhmach.
Gustav Jungbör, 9 W. 3 J.